

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Er erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pettzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Branchenbestrebungen im Deutschen Holzarbeiterverband.

In unserem Verband sind die Branchenbestrebungen im letzten Jahre besonders stark hervorgetreten. Nicht nur, daß mehr als in früheren Jahren an den einzelnen Orten die Sektionsbildungen gefördert worden sind: für die Mehrzahl der im Holzarbeiterverband organisierten kleineren Berufe sind besondere Berufskonferenzen abgehalten worden, oder es stehen solche noch in naher Aussicht. Weiter aber sind auch für die Mehrzahl dieser Branchen schon sogenannte Zentralkommissionen gebildet worden, deren Zweck es sein soll, im Rahmen des Verbandes wieder etwas mehr für den Zusammenhalt der speziellen Berufsangehörigen Sorge zu tragen. Im Kreise der Kollegen sind schon über diese Entwicklung der Dinge Bedenken geäußert worden. Man fürchtet, daß infolge dieser weitgehenden Branchenbestrebungen die Einheitlichkeit und Geschlossenheit unserer Organisation Schaden leiden, daß unter Umständen sogar die Bildung von Sonderorganisationen nach Art des Kniebödter Verbandes dadurch gefördert werden könnte, deshalb ist es wohl am Platze, diese Frage hier einer Erörterung zu unterziehen.

Als im Jahre 1898 der Zusammenschluß einer Reihe von Berufsorganisationen der Holzgewerbe im Holzarbeiterverband erfolgte, so geschah es in der Hauptsache, um eine Vereinfachung der Organisation, um eine Ersparung der Verwaltungskosten und Zeitungskosten herbeizuführen und zu ermöglichen, daß bei gleichem oder geringerem Geldaufwand die Agitation in weitere Kreise getragen werden konnte, als das bis dahin möglich war. Das war besonders für die kleineren Berufe der Holzindustrie notwendig, deren Organisationen infolge ihres geringen Umfanges und der verhältnismäßig hohen Verwaltungskosten, die sie notwendig machten, kaum Nennenswertes in bezug auf Agitation zu leisten vermochten.

Der Einwand, daß die Berufsorganisationen ihre Aufgabe noch nicht gelöst hätten, ihr Agitations- und Organisationsfeld sei ein noch so weites, daß, seien hier die berechtigten Wünsche und Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen, dies bei weiter gesteckten Zielen erst recht nicht zu erwarten sei — dieser von den Anhängern der Berufsverbände erhobene Einwand wurde von den Befürwortern der Industrieverbände unter Hinweis auf die gemeinsamen Ziele der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung widerlegt. „Die Ursachen des wirtschaftlichen Niederganges, schrieb damals die „Holzarbeiter-Zeitung“, der Unsicherheit der Arbeitsgelegenheit und des Rückganges in der Lebenshaltung des Arbeiters sind in allen Berufen die gleichen. Durch den durch die technische Entwicklung und die damit parallel laufende Teilung der Arbeit stets mehr und mehr verwischten Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern verliert auch die Eigenart des Berufs mehr und mehr ihre Unterlage, zumal wenn es sich um die Verarbeitung des gleichen Rohmaterials handelt. Wenn dem aber so ist, dann steht doch nichts im Wege, daß einen zu haltenden Vortrag alle Holzarbeiter miteinander anhören, ganz gleich, wer denselben hält, als wenn der Tischler den Tischler, der Böttcher den Böttcher hören müßte.“ Ähnlich verhalte es sich mit dem Fachorgan.

Wirksam wird in diesem Artikel auch der Auffassung entgegengetreten, wonach bei dem ersten besten ernststen Lohnkampf der Zwiespalt in dem Industrieverband infolge des Antagonismus der Berufe untereinander ausbrechen müsse. Eine Auffassung, die auch nicht den leisesten Anhalt zu ihrer Begründung habe, und die durch die Praxis längst widerlegt sei: „Der Einwurf, daß der Stellmacher nichts von Tischlerarbeiten und der Drechsler nichts von Böttcherarbeiten verstehe und diese nicht zu beurteilen und zu tagieren vermöge, ist nicht stichhaltig. Bei Ausbruch von Ausständen liegt die Frage der Entscheidung am wenigsten in der Beurteilung von Arbeitswerten. Handelt es sich um Lohnsätze, so haben die Berufe unter sich Gelegenheit genug, dieselben aufzustellen. Die Mitglieder anderer Berufe werden gegen eine solche Aufstellung niemals etwas einzuwenden haben. Die Spezialberücksichtigung von Berufsinteressen wird und kann niemals Grund eines Zerwürfnisses abgeben. Der Ausstand ist davon gänzlich unabhängig. Für das Votum für oder gegen den Ausstand

ist stets die Beurteilung der wirtschaftlichen Konjunktur, die richtige Abwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse ausschlaggebend. Und dazu befähigt nicht die Ausübung des gleichen Berufs, sondern ökonomische Kenntnisse, gutes Auffassungsvermögen und gesunde Urteilskraft.“

Diese Grundzüge sind im Holzarbeiterverband heute noch bei der Vorbereitung und Durchführung der Lohnbewegungen maßgeblich, dagegen hat sich in den Anschauungen über die Durchführung der Agitation innerhalb des Verbandes eine merkliche Umwälzung vollzogen. In den ersten Jahren nach Gründung des Verbandes hielt man allerdings allgemein daran fest, daß Berufsversammlungen wie die Förderung der speziellen Berufsinteressen im Rahmen des Verbandes nicht zweckmäßig seien. Deshalb wurden sowohl zur Erlebung der Organisationsfragen wie zu Agitationszwecken nur allgemeine Holzarbeiterversammlungen einberufen, und Branchenversammlungen wurden seitens der Ortsverwaltungen wohl meist auch nicht zugelassen. Auch Sektionsbildungen innerhalb des Verbandes stand man ablehnend gegenüber. Besondere Berufsinteressen wurden von der Gesamtheit der Verbandsmitglieder nun einmal nicht anerkannt. Und mit den Bestrebungen auf Bildung von Sektionen verbanden sich zumeist nur Zwistigkeiten innerhalb der örtlichen Organisationen; wir erinnern dafür nur an die Versuche von Sektionsgründungen in Hamburg und in Nürnberg in den ersten Jahren nach Gründung des Verbandes. Solche Sektionen bildeten für die Masse der im Verbands tätigen Kollegen nichts weiter als die Anfänge zu Abspaltungen von der eben erst geschaffenen Industrieorganisation. Deshalb wurde die Genehmigung von Sektionen von den Verbandsinstanzen rundweg abgelehnt. Tatsächlich haben denn auch in den ersten Jahren in unserem Verbands Sektionen nicht bestanden.

Bald mußte man einsehen, daß die strikte Ablehnung der Sektionen nicht im Interesse der Förderung des Verbandes lag. Wenn der Verband numerisch auch Fortschritte machte, so war sein Einfluß auf die kleineren Berufe doch nur gering. Die Zahl der Mitglieder aus diesen Berufen ging teilweise sogar zurück. Jedenfalls stand sie in gar keinem Verhältnis zu der Zahl der im Beruf beschäftigten, auch war das Organisationsverhältnis der Stellmacher, Korbmacher und Bürstenmacher weit ungünstiger als das der Tischler. Kein Zweifel, die in den ersten Jahren des Bestehens des Holzarbeiterverbandes von diesen Berufen vertriebene allgemeine Agitation war auf die bessere Besetzung nur von geringem Einfluß. Diese Agitation mochte für die Tischler und wohl auch für die Drechsler am Platze sein, für Berufe, in denen man von einem Kostengeist und von einer engherzigen beruflichen Absonderung nicht mehr reden konnte, in den kleineren Berufen waren damit Erfolge nicht zu erzielen. Die Bürstenmacher, die Stellmacher und selbst die Korbmacher blieben mehr und mehr aus den Verbandsversammlungen fern, wo zumeist über Angelegenheiten beraten wurde, die sie beruflich rein gar nicht interessierten, sie entfremdeten sich immer mehr dem Verband, der doch auch für sie geschaffen war. Jedenfalls war es mit der Zeit immer schwerer, mittels der allgemeinen Agitation die Angehörigen der kleineren Berufe für den Verband zu interessieren oder gar die indifferenten Elemente an die Organisation heranzuziehen. So kam man von selbst zur Gründung von Sektionen.

Und die Verbandsleitung fehlte diesen Bestrebungen keinerlei Widerstand mehr entgegen. War doch der Verband mittlerweile so gekräftigt, war doch in den großen und mittleren Zahlstellen, wo das Bedürfnis nach Sektionsgründungen sich am stärksten bemerkbar machte, der Organisationsgedanke bereits so tief eingewurzelt, daß Abspaltungsversuche nicht mehr zu befürchten waren.

Die Erwartungen, die man an die Gründung von Sektionen knüpfte, haben sich durchaus erfüllt. Das Verbandsleben hat sich reger gestaltet, auch in jenen Berufen, die der allgemeinen Verbandsagitation widerstanden. Für den Erfolg der Sektionen spricht allein die Tatsache, daß es in den letzten Jahren mittels derselben gelungen ist, in den kleineren Berufen ein weit günstigeres Organisationsverhältnis zu schaffen, als es früher bestand; daß in allen Verbandsfilialen, wo eine auch nur nennenswerte Zahl von Berufsangehörigen organisiert oder auch beschäftigt ist, fast durchweg Sektionen gegründet worden sind. (Schluß folgt.)

Ämtliche und gewerkschaftliche Streitstatistik.

Seit einer Reihe von Jahren unternimmt es die Generalkommission der Gewerkschaften, Vergleiche anzustellen zwischen den Resultaten der von den Gewerkschaften geführten und der ämtlichen Streitstatistik. Regelmäßig wurde bisher festgestellt, daß die ämtliche Streitstatistik höchst unzuverlässig arbeitet, und auch in der letzten Veröffentlichung des Reichsstatistischen Amtes, welche die Statistik im Jahre 1904 betrifft, ist in dieser Beziehung eine Änderung nicht eingetreten. Der Grund für die Mangelhaftigkeit der ämtlichen Statistik ist darin zu suchen, daß diese sich auf Gegenstände erstreckt, welche mit der selbstgestellten Aufgabe, eine Erkenntnisquelle für die Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragen zu sein, nichts gemein haben.

Die ämtlichen Erhebungen erstrecken sich auch auf die Fragen des Kontraktbruchs und der Beteiligung Minderjähriger an Streiks; diese Fragen haben lediglich den Zweck, Material zu beschaffen, welches gelegentlich gegen die Gewerkschaften ausgenützt werden soll, wenn es sich darum handelt, Aktionen in der Art der seitigen Zuchthausvorlage einzuleiten. Solange das Reichsstatistische Amt an diesen Fragen festhält, haben die Gewerkschaften keinen Anlaß, die ämtliche Streitstatistik zu unterstützen, um so notwendiger ist es aber, die Mängel dieser Arbeiten aufzudecken. Dieser Aufgabe unterzieht sich die Generalkommission der Gewerkschaften in einem im „Correspondenzblatt“ veröffentlichten Artikel.

Während die ämtliche Streitstatistik für das Jahr 1904 1870 beendete Streiks mit 113 480 Beteiligten und 120 beendete Aussperrungen mit 23 760 Beteiligten, zusammen 1990 beendete Kämpfe zählt, an welchen 187 240 Personen beteiligt waren, weist die gewerkschaftliche Statistik 1518 Streiks mit 104 555 Beteiligten und 112 Aussperrungen mit 31 402 Beteiligten, zusammen 1626 Kämpfe mit 135 957 Beteiligten aus.

In der ämtlichen Statistik werden 748 Streiks und Aussperrungen mit 34 459 Beteiligten aufgeführt, die in der gewerkschaftlichen Statistik fehlen, während die letztere 481 Kämpfe mit 9505 Beteiligten aufweist, die in der ämtlichen Statistik fehlen. Die Zahl der Streiks, welche in der gewerkschaftlichen Statistik fehlen, hat sich gegenüber dem Vorjahr vermehrt; das erklärt sich zum Teil daraus, daß außer den Zentralverbänden auch andere Organisationen Lohnkämpfe geführt haben, die in der gewerkschaftlichen Statistik ebensowenig berücksichtigt sind als die verschiedentlichen „wilden Streiks“. Auf der anderen Seite ist aber auch die Zahl der in der ämtlichen Statistik fehlenden Streiks ganz bedeutend gestiegen; insgesamt sind es in den Jahren 1901 bis 1904 1498 Streiks mit 29 756 Beteiligten, welche nachweislich stattgefunden haben, ohne daß sie in die ämtliche Statistik aufgenommen wurden. Diese Mängel sind um so höher anzuschlagen, als dem Reichsstatistischen Amt der ganze behördliche Apparat zur Verfügung steht; sie sind nur dadurch möglich, daß die Art der ämtlichen Erhebungen ungeeignet ist, ein brauchbares Resultat zu zeitigen.

Die ämtliche Statistik unterscheidet zwischen Einzelstreiks und Gruppenstreiks und zählt zu letzteren die Streiks, die sich auf mehrere Betriebe erstrecken. Den Organen, welche das Material sammeln, ist es aber mangels tieferer Einsicht in die Verhältnisse nicht möglich, zu unterscheiden, ob es sich im bestimmten Falle um eine Reihe von Einzelstreiks oder um einen größeren Kampf handelt. Daher kommt es, daß zum Beispiel die ämtliche Statistik in 11 vergleichbaren Fällen 115 Einzelkämpfe zählt, während für die gewerkschaftliche Statistik dort nur 17 Streiks in Betracht kommen. Umgekehrt registriert aber auch die ämtliche Statistik an einer Stelle nur 8 Streiks, wo die gewerkschaftliche Statistik deren 35 zählt.

Eine sorgfältige Prüfung hat ergeben, daß nur für 1061 Streiks die wesentlichsten Angaben in beiden Statistiken soweit übereinstimmen, daß die Identität der betreffenden Streikfälle angenommen werden kann. Eine vollständige Übereinstimmung konnte jedoch für nicht mehr als 27 Streiks konstatiert werden. Die verhältnismäßig größte Übereinstimmung wurde bezüglich des Beginns der Streiks festgestellt, nämlich in 694 Fällen, während nur in 313 Fällen die Angaben über die Dauer und in 184 die betreffs der beteiligten Personen in beiden Statistiken übereinstimmen. Trotz aller Sorgfalt hat sich auch in der gewerkschaftlichen Statistik die mehrfache Zählung desselben Lohnkampfes nicht vermeiden lassen, immerhin ist auch in dieser Beziehung die gewerkschaftliche Statistik erheblich zuverlässiger als die ämtliche. Während in letzterer 94 Streiks mehrfach gezählt sind, kommt dieser Fehler in der gewerkschaftlichen Statistik nur 48 mal vor.

Die tabellarische Übersicht über die vergleichbaren Streiks stellt der Sorgfalt, mit welcher die Streikstatistik im Holzarbeiterverband gepflegt wird, ein recht gutes Zeugnis aus. Von den vergleichbaren 1051 Streiks entfällt die relativ höchste Zahl, nämlich 257, auf die Holzarbeiter; und auch bei den einzelnen Punkten, in welchen eine Übereinstimmung festgestellt ist, stehen die Streiks der Holzarbeiter an erster Stelle. Bei 7 Streiks ist die Übereinstimmung vollständig, bei 174 stimmt der Beginn, bei 84 die Dauer und bei 55 die Zahl der Beteiligten überein. Diese relativ weitgehende Übereinstimmung dürfte wohl kaum dadurch erklärt werden können, daß der amtliche Apparat bei den Aufnahmen in der Holzindustrie besonders gründlich gearbeitet hätte; die Vermutung liegt vielmehr näher, daß man in unserer Organisation, welche wohl die erste ist, die der Streikstatistik eine besondere Sorgfalt gewidmet hat, in dieser Beziehung eine Fertigkeit erzielte, welche gute Resultate verblirgt.

Daß in bezug auf die Dauer der Streiks eine so geringe Übereinstimmung erzielt wurde, erklärt sich daraus, daß die Auffassung der Unternehmer, von welchen die Behörden ihr Material beziehen, von der der Arbeiter gerade in der Frage nach dem Ende einer Arbeitseinstellung oft weit abweicht. Nicht selten wird ein Streik seitens der Gewerkschaft noch längere Zeit fortgeführt, während der Unternehmer dem recherchierenden Beamten längst erklärt hat, daß die Sache für ihn erledigt sei, da er Leute genug habe. Diese verschiedene Auffassung tritt natürlich auch in den beiden Statistiken zutage. Die verschiedenen Angaben über die Zahl der an einem Streik Beteiligten kommen daher, daß die gewerkschaftliche Statistik alle Streikenden, die amtliche jedoch nur die Höchstzahl der gleichzeitig im Ausstand befindlichen zählt. Durch diese Zählweise macht es sich die amtliche Statistik unmöglich, das gesteckte Ziel zu erreichen, nämlich eine Erkenntnisquelle für die Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragen zu werden. Daß von ihr entworfene Bild gibt die Tatsachen verzerrt wieder. Bei manchen Streiks, zum Beispiel im Baugewerbe, wo oftmals ein Bau nach dem anderen vorgenommen wird und an welchen sich eine bedeutende Zahl von Arbeitern beteiligt, ist die Zahl der gleichzeitig Streikenden meist verhältnismäßig gering. Wird aber diese Zahl allein statistisch festgehalten, dann ist es unmöglich, daraus die Bedeutung des Vorganges richtig zu erkennen. Gält man dazu, daß selbst innerhalb des Rahmens, den sich die amtliche Statistik gezogen hat, ihre Angaben, wie nachgewiesen, höchst mangelhaft sind, dann ist dieser Statistik das Urteil gesprochen; es ist schade um die auf sie verwendete Arbeit.

Die Aufnahme der Frage, in welchem Maße die Arbeitskämpfe zu Kontraktbruch, Gewalttätigkeiten und sonstigen Gesetzesverletzungen führen, in die amtliche Streikstatistik wird mit dem Hinweis auf das österreichische Vorbild begründet; dort soll die Aufnahme dieser Fragen angeblich auf den besonderen Wunsch der Arbeiterorganisationen erfolgt sein. Ob diese Behauptung richtig ist, mag dahingestellt sein; die Reichsregierung hätte schon im Hinblick auf die Brauchbarkeit des zu erzielenden Gesamtergebnisses die Pflicht, den Wunsch der deutschen Gewerkschaften zu berücksichtigen, welche ihre Mitwirkung bei der amtlichen Streikstatistik erst dann gewähren können, wenn diese Fragen verschwinden. Der Verzicht könnte um so leichter erfolgen, als die Ausbeute nach dieser Richtung recht mager ist.

Die amtliche Streikstatistik bringt diesmal einen Auszug aus der Kriminalstatistik für die Jahre 1901 bis 1903, welcher beweist, wie wenig berechtigt es ist, den streikenden Arbeitern zu imputieren, daß sie zu Ungefehllichkeiten neigen.

Jahr	Angeklagte überhaupt	Sachen		Von 100 in Streiks und Ungehörigkeiten Beteiligten wurden	
		verurteilt	freigesprochen	angeklagt	freigesprochen
1901	927	187	189	6,7	2,8
1902	225	125	98	4,0	1,7
1903	538	318	219	4,4	1,8

Wie aus der vorstehenden Zusammenstellung ersichtlich, konnte trotz des bekannten Eifers, den Polizei und Staatsanwälte entwickeln, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Streikenden angeklagt werden, von welchen noch ein beträchtlicher Prozentsatz freigesprochen wurde.

Als „kontraktbrüchig“ werden in der amtlichen Statistik 21 681 Streikende bezeichnet, das ist 19,11 Prozent der Gesamtzahl. Im Jahre 1903 waren es 22,2 Prozent, 1902 = 25,9 Prozent und 1901 = 23,2 Prozent. Die Art, wie gerade die Zahl der Kontraktbrüchigen erhoben wird, schließt es aus, daß aus dem Resultat nach irgendeiner Richtung Schlüsse gezogen werden können.

Bei der Frage nach dem Resultat der Streiks gehen die Antworten in der gewerkschaftlichen und amtlichen Streikstatistik ebenfalls weit auseinander. Die letztere gibt sich offenbar Mühe, die gewerkschaftlichen Erfolge möglichst gering erscheinen zu lassen. Während nach der gewerkschaftlichen Statistik ein voller Erfolg dann verzeichnet wird, wenn die gestellten Forderungen in der Hauptsache erfüllt wurden, sind in der amtlichen Statistik nur diejenigen Streiks als erfolgreich registriert, bei welchen alle Forderungen ohne Ausnahme bewilligt wurden. Trotzdem muß die amtliche Statistik konstatieren, daß sich die Erfolge der Arbeiter bei den Lohnkämpfen verbesserten.

Durch die eingehende Arbeit der Generalkommission ist nachgewiesen, daß auch diesmal wieder wie in den drei vorhergehenden Jahren die amtliche Streikstatistik nicht nur mangelhaft und unzuverlässig ist, sondern daß sie direkt unbrauchbar und nicht dazu eingerichtet ist, die Nachweise zu

erbringen, die angeblich durch sie erbracht werden sollen. Wenn jedoch an diese Feststellung die Hoffnung geknüpft wird, daß die maßgebenden Stellen endlich eine Änderung in dem System der Erhebungen anbahnen werden, so müssen wir gestehen, daß wir uns zu diesem Optimismus nicht aufschwingen können.

Zur Geschichte der französischen Bau-schreinerbewegung.

III.

(Schlus.)

b. Auch in der Provinz finden wir keine günstigen Verhältnisse. Die alten Gesellenorganisationen, in denen ein starker Rückhalt durch das Unterstützungs- und Zeremonienwesen vorhanden war, die auch durch die Organisation der Kirche gepflegt wurden, die einen Rückhalt in ihren Herbergen und in der Pflege der Geselligkeit besaßen und die endlich vielfach auch von den Unternehmern, vor allem von denen, die aus der Gesellenorganisation hervorgingen, gefördert wurden, bildeten und bilden zum Teil noch heute ein Hemmnis gewerkschaftlicher Organisation. Es ist auch zu beachten, daß in den vielen Perioden, in denen die Organe der Regierung jede moderne Organisation zu hintertreiben oder zum mindesten zu erschweren suchten, die alten Gesellenorganisationen meist völlig ungehindert, ja zum Teil amtlich gefördert, weiter bestehen konnten. Verwandt mit diesen Gesellenorganisationen dürften auch manche Unterstützungsstellen, vor allem Leichenkassen sein.

In Bordeaux finden wir die erste moderne Bewegung unter den Bauarbeitern im Jahre 1862. Bis dahin wurde nach einer Lohnfestsetzung aus dem Jahre 1831 gearbeitet, die selbstverständlich durch die verteuerte Lebenshaltung längst überholt war. Eine friedliche Vereinbarung mit den Unternehmern schien aussichtslos, weil die Gegenseite sich sehr verschärft hatten. Der Präfekt (dem preussischen Landrat beiläufig entsprechend) beauftragte den Vorsitzenden des Gewerbegerichtes, mit Unternehmern und Arbeitern zum Zwecke einer Einigung Verhandlungen einzuleiten. Es wurden je fünf Mitglieder gewählt, deren Arbeit das Ergebnis hatte, daß ein Tarif zustande kam, der aus 28 Abschnitten und 176 Paragraphen bestand, von denen einzelne noch eine größere Anzahl von Unterabteilungen hatten. Es ist selbstverständlich nicht möglich, den Inhalt dieses Tarifs in Kürze hier zusammenzufassen. Aber schon die Tatsache dieser umfangreichen Vereinbarung muß uns bedeutungsvoll erscheinen, weil man sehr häufig bei uns den Einwand hört, daß Tarife bloß bei ganz einfachen Arbeitsverrichtungen, wie bei Maurern, Zimmerern, Bau- und Erdarbeitern, nicht aber bei Arbeitern mit mannigfachen Arten der Produktion, wie bei Schreibern, Drehschleimern, Modellschreibern und dergleichen möglich seien. Es sei aber neben diesem Tarife daran erinnert, daß auch die Londoner Schreiner schon vor zirka 80 Jahren außerordentlich umfangreiche, bis in alle Einzelheiten gehende Tarifabmachungen besaßen. Im besonderen wollen wir nur noch hinsichtlich des Tarifs von Bordeaux von 1862 darauf hinweisen, daß die zwölfstündige Arbeitszeit seine Grundlage bildete, und daß die Möglichkeit geschaffen werden sollte, daß ein ausdauernder, tüchtiger, nach Zeichnung arbeitender Schreiner auf einen Tagelohn von 4 Fr. (8,20 Mk.) kommen könne. Besondere Ausnahmestimmungen bestanden für eben ausgelernte, noch nicht zur vollen Leistungsfähigkeit gelangte Arbeiter. Ferner war eine aus Unternehmern und Arbeitern gemischte Kommission vorgesehen, die alljährlich die Abordnungen einer Revision unterziehen sollte, entsprechend den Anforderungen, die sich in der Produktion und Familie einstellten. Diese Abordnungen, für die Einhaltung des Tarifverhältnisses wichtige Bestimmungen blieb aber ein toter Buchstabe. Die Bestimmungen des Tarifs befriedigten die Arbeiter nicht lange.

In den Jahren 1868 und 1870 versuchten die Arbeiter durch Vermittlung des Präfekten eine Tarifrevision durchzusetzen, die Unternehmer weigerten sich aber, sich auf neue Bestimmungen einzulassen. Es brach Ende Mai 1870 der Streik aus. Eine Anzahl Unverheirateter mußte die Stadt verlassen, weil man ihnen auf den Herbergen kein Essen mehr verabreichen wollte, falls sie nicht arbeiten. Der Streik wurde allgemein, die kleinen Meister mußten vielfach nachgeben. Der Erfolg schien sicher, da zwang der Krieg zur Einstellung der Streikbewegung. Im Juli 1871 wurde eine Gewerkschaft gegründet, die die merkwürdige Bestimmung enthielt, daß über 40 Jahre alte Berufsgenossen nicht aufgenommen werden dürfen. Die Erhaltung der Lohnhöhe und der Rechtsschutz wurden als Aufgabe der Organisation bezeichnet, bei allen Differenzen mit den Unternehmern sollte die Organisation sofort benachrichtigt werden, eine Unterstützung für Gemafregelte von 2 Fr. (1,60 Mk.) war vorgesehen, Werkmeister sollten in die Leitung der Organisation nicht gewählt werden dürfen. Meister verloren ihre Mitgliedschaft, sobald sie Unternehmer geworden sind. Das vollendete 25. Lebensjahr war die Voraussetzung des Eintritts in die Leitung der Organisation. Mit der Frage der Tarifrevision befaßte sich die Organisation bald nach ihrer Gründung, aber erst wenige Jahre später konnte man der Frage mit einiger Aussicht näher treten.

Mitte 1876 wurde ein Stundenlohn von 45 Cts. (36 Pf.) beziehungsweise ein Tagelohn von 4,95 Fr. (3,96 Mk.) gefordert. Die Unternehmer suchten die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Mitte Oktober begann, von einigen Ungebildigten erzwungen, ein Streik, an Stelle des Elftundentags wurde der Zehnstundentag und eine zehnpromzentige Lohnherhöhung gefordert. Die Unternehmer erklärten sich bereit, den Arbeitstag zu verkürzen und für die Zeitlohnarbeiter eine zehnpromzentige Lohnherhöhung eintreten zu lassen,

sobald ihr Tarif ausgearbeitet sei. Diese Klausel sollte die Arbeiter um ihren Erfolg bringen. So brach am 3. April 1876 ein neuer Streik aus, an dem sich neben den gewerkschaftlichen Organisierten die alten Gesellenorganisationen offiziell beteiligten. Von 106 Unternehmern hatten 46 bewilligt. Mehr konnte nicht erzielt werden. In den Jahren 1882 bis 1884 kam es zu zahlreichen Tarifverhandlungen, Werkstattsperrn und anderen Differenzen. Am 15. Juli 1884 wurde ein Tarif festgesetzt, der gegenüber dem vom Jahre 1862 eine Erhöhung der Löhne um 15 Prozent im Gefolge hatte. Der Tarif, der abgeschlossen wurde, enthielt nicht weniger als 571 Paragraphen. Die Organisation ging aber leider nachher den Krebsgang, 1890 zählte sie nicht mehr wie 25 Mitglieder, was natürlich zur Folge hatte, daß die Unternehmer vielfach zur Einhaltung des Tarifs nicht gezwungen werden konnten. Neben dieser Organisation bildeten sich andere, die aber gleichfalls keine ansehnliche Mitgliederzahlen aufweisen konnten. Vor dem Streik von 1893 kam es wieder zu einer Zusammenfassung der gewerkschaftlich organisierten Kollegen. Vom 22. Mai bis 12. Juni ruhte die Arbeit in 150 Betrieben, die sonst 450 Arbeiter beschäftigten. Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit wurden gefordert. Erzielt wurde, daß der durchschnittliche Arbeitsverdienst eines Affordarbeiters bei zehnstündiger Arbeitszeit 5,50 Fr. (4,40 Mk.) betragen sollte. Aber auch nach diesem Streik sank die Mitgliederzahl der Organisation, Ende 1902 zählte sie bloß 110 Mitglieder, sie unterhielt Unterrichtskurse, die dreimal wöchentlich stattfanden.

Marseille war einer der Hauptstütze der Gesellenorganisation, die während des ganzen 19. Jahrhunderts in dieser Stadt von wesentlicher Bedeutung blieb. Aus dem Jahre 1792 ist ein Streik überliefert, der damals die Behörden sehr lebhaft beschäftigte. Bis zum Jahre 1900 hatten die Gesellenorganisationen ein eigenes Bureau in Marseille. Eine Anzahl Unterstützungsstellen sind wohl auf diese mittelalterliche Vereinigung zurückzuführen. 1869 streikten 900 Bauarbeiter, die eine Revision des Tarifs von 1858 und vor allem eine Lohnherhöhung von 10 Prozent und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden forderten. Die Unternehmer machten Versprechungen, hielten sie aber nicht. Eine eigentliche Gewerkschaft wurde erst im Jahre 1873 gegründet. Ihren Statuten entnehmen wir: Nur Arbeiter können aufgenommen werden, mit allen Mitteln müssen Lohnminderungen bekämpft werden, bei Differenzen mit Unternehmern soll eine Vermittlung versucht werden, Darlehen an die Mitglieder sollen unter gewissen Bedingungen gegeben werden, was freilich bei dem Eintrittsgeld von 80 Pf. und einem Monatsbeitrag von 20 Pf. nicht leicht zu bewerkstelligen war. Rechtsschutz und Arbeitervermittlung standen gleichfalls im Programm der Organisation, die gleich nach ihrer Gründung 196 Mitglieder zählte. Im Jahre 1878 wurde der Monatsbeitrag auf 40 Pf. erhöht. Daneben gab es kleine, der Erwähnung nicht wertige Organisationen. 1882 zählte die genannte Gewerkschaft 500 Mitglieder. Sie verhäng die Werkstattsperrung über ein größeres Unternehmen, womit eine Streikbewegung begann. Die Unternehmer schlugen vor, in den nächsten drei Monaten, die sie zur Ausarbeitung eines Tarifs forderten, einen Lohnzuschlag von 12 Prozent zu gewähren. Die Arbeiter lehnten aber dieses Anerbieten ab mit der Begründung, daß sie mit ähnlichen Versprechungen schon früher von den Unternehmern getäuscht worden waren. Der Streik wurde ziemlich allgemein, 1000 Kollegen waren aus der Arbeit getreten, viele waren abgereist, andere hatten in den Möbelwerkstätten Beschäftigung gefunden, aber für 600 sollte gefordert werden. Es wurden Sammellisten angesetzt. Eine Anzahl Unternehmer bewilligte die Forderungen. Nach längeren Streitigkeiten, bei denen eine kleine Organisation eine unruhige Rolle spielte, indem sie sich den Unternehmern zur Verfügung stellte und im Namen der Gesamtheit verhandelte, obgleich sie dazu nicht das mindeste Anrecht hatte, mußten sich die Arbeiter mit einigen, wenn auch erheblichen Zugeständnissen an ihre Forderungen zufrieden geben. An Stelle des Elftundentags war der Zehnstundentag getreten, der durchschnittliche Stundenlohn von 60 Cts. (48 Pf.) war zugestanden und ein eingehender Tarif ausgearbeitet worden. Mit der Zeit kam aber manche Bestimmung des Tarifs in Vergessenheit, was zu einer neuen Streikbewegung im Jahre 1893 führte. Gefordert wurden Erhöhung des Lohnes, Unterdrückung der Afordarbeit. Einzelne Unternehmer machten befriedigende Zugeständnisse, andere verzögerten die Antwort, was zur Einstellung der Arbeit durch 1000 Arbeiter in 112 Betrieben während 41 Tagen führte. Der auf 45 Cts. (36 Pf.) zurückgegangene Stundenlohn wurde wieder auf den Satz von 1882 von 60 Cts. (48 Pf.) erhöht. In einzelnen Betrieben wurde die Afordarbeit abgeschafft, aber dies nicht allgemein durchgeführt, dagegen wurde von den Unternehmern zugestanden, daß in den Betrieben mit mechanischer Einrichtung ein Lohnminimum von 6 Fr. (4,80 Mk.) garantiert werde. Zur Streikzeit zählte die Organisation 652 Mitglieder, die auf 560 im Jahre 1895, auf 400 im Jahre 1896, dann aber auf bloß 60 im Jahre 1899 zurückging. Eine von neuem einsetzende Agitation brachte die Mitgliederzahl im Jahre 1900 auf 160, freilich bei einem lächerlich geringen Mitgliedsbeitrag von 20 Pf. im Monat. Im Jahre 1901 erhielt die Gewerkschaft von der Stadtverwaltung zur Beschäftigung Arbeitsloser Aufträge in der Höhe von 8000 Mk. bei unentgeltlicher Beistellung eines Raumes für eine Werkstätte. Im Jahre 1902 zählte die Organisation 170 Mitglieder.

Die Anfänge zu einer Zentralorganisation sind bedauerlich schwach. Die Frage eines Verbandes der bestehenden lokalen Organisationen wurde in Paris in den Jahren 1898 und 1900 diskutiert. Im Jahre 1901 wurde

ein Zirkular an alle französischen Organisationen gerichtet, das zur Folge hatte, daß sich 6 Gewerkschaften aus der Provinz zum Anschluß bereit erklärten, was die 2 Pariser Organisationen, die diese Frage in Fluß brachten, zur Einberufung eines Kongresses ermutigte, der am 1. und 2. November 1902 in Paris abgehalten wurde. 27 Delegierte vertreten 22 Organisationen der Wäschereier, der Kunstschlerei und der mit Zimmermannsarbeiten beschäftigten Schreiner. Die Statuten bestimmten als Zweck, die Organisation von Schreineren zu bewirken, die Verkürzung der Arbeitszeit in der Richtung zum Achtstundentag zu erstreben, die Überstunden zu bekämpfen, ein Lohnminimum zu erstreben, für den Erlass von Arbeiterschutzgesetzen zu wirken. Der Verband sollte bestehen aus Bezirksverbänden und einzelnen Gewerkschaften. Die Erörterung politischer Fragen auf den Versammlungen und den Kongressen sollte untersagt werden. Für je 100 Mitglieder oder einen Teil von 100 Mitgliedern sollte ein Eintrittsgeld von 3 Fr. (2,40 Mk.) und ein Monatsbeitrag für die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder von 3 Cts. (2,4 Pf.) bezahlt werden, doch sollten die in Bezirksverbänden vereinigten Gewerkschaften wegen ihrer anderweitigen Inanspruchnahme für allgemeine gewerkschaftliche Zwecke bloß 1 Ct. (0,8 Pf.) pro Mitglied und Monat bezahlen. Bezirksorganisationen und die Föderation sollten vor Angriffstreifs alle mit der Ehre vereinbaren Versuche eines friedlichen Ausgleichs beschreiben. Das Streben nach einer internationalen Föderation sollte gefördert werden. Reiseunterstützung war vorgesehen, ebenso die Abhaltung eines Kongresses mindestens alle drei Jahre. Frankreich sollte in 9 Bezirke geteilt werden, Algier sollte den 10. bilden. Im Prinzip erklärte sich der Kongress für den Generalfreist als ein Mittel für die Befreiung der Arbeiter. Eine Prinzipienklärung wurde angenommen, indem als Voraussetzung der Zugehörigkeit zur Organisation folgende Grundsätze aufgestellt wurden: Klassenkampf, Bergesellschaftlichung der Produktionsmittel, Internationalität der Arbeiterbewegung.

Am 1. Januar 1903 gehörten der Föderation 2541 Mitglieder in 18 Organisationen an, die ihren Sitz hatten in Armentières, Clermont-Ferrand, Cognac, Dünkirchen, Havre, Lille, Le Mans, Marseille, Mazamet, Paris, Rennes, La Roche sur Yon, Rouen, Roubaix, Saint Germain, Saintes, Toulouse, Tourcoing. Ihren Sitz hatte die Föderation in Paris, Rue Pérignon 15. Bekanntlich hat sie Beziehungen mit der deutschen Organisation angeknüpft. Hoffen wir, daß die noch schwachen Ansätze zu kräftiger Machtsfülle in nicht zu ferner Zeit gedeihen.

Walderholungsstätten.

□ In Tausenden von Viehern wird der Wald, der „herrliche deutsche“ Wald besungen und gepriesen. Auch Arbeiterlehren befragen die Wunder des Waldes, ohne ihn richtig kennen zu lernen. Die „Erzeugnisse“ des Waldes, alle Holzsorten, lernt der Holzarbeiter in den Reihen von Jahren alle kennen, der Wald selbst bleibt ihm im großen und ganzen unbekannt. Er hat eben nicht Zeit, die Wunder des Waldes kennen zu lernen! Ist der Arbeiter aber erkrankt, dann soll er auf ärztlichen Rat recht viel und oft in den Wald spazieren gehen, der, wie die Parks der Städte, die Lungen der Erde darstellt. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl derer, die dringend einen Landaufenthalt nötig haben, die Schar der Lungenkranken, Blutarmer und Neurastheniker wird leider immer größer. Es kann daher für die Kranken, für die Vorstände der Krankenkassen usw. aber wahrlich nicht gleichgültig sein, wo und wie die Erkrankten ihre Tage verbringen. Zu warten, bis ein armer Teufel ganz abgearbeitet, stich und invalide ist, oder es ihm zu überlassen, was er mit seinen paar Mark Krankengeld pro Woche, oftmals nicht die Hälfte des entgangenen Arbeitslohns, anfängt, ist nicht mehr angängig. Heilstätten allein tun es wahrlich nicht, wenn auch alle Jahre neue Volkshelstätten errichtet werden. Die Mehrzahl der Kranken wird eine schnellere und abgekürzte Kur nötig haben, um dann ihrer Tagesarbeit wieder nachgehen zu können.

Einen Ausweg bieten da die Walderholungsstätten, die erfreulicherweise jetzt auf Anregung der Krankenkassen, Ärzte usw. mehr und mehr errichtet werden. Dr. D. Feis-Frankfurt a. M. erklärte in seinem jüngst erschienenen Buche: „Die Walderholungsstätten und ihre volkshygienische Bedeutung“ (Verlag D. Koblay-Berlin): „Die Walderholungsstätten sind dazu bestimmt, während der Sommermonate die Genesungsfürsorge und die Versorgung chronisch Kranker aus den minder bemittelten Kreisen zu übernehmen, Gebiete, die gegenüber der Volkshelstättenbewegung in der Entwicklung zurückgeblieben sind. Es sollen in diesen Stätten alle diejenigen Aufnahmen finden, für die aus irgend einem Grunde unter den jetzigen Verhältnissen eine andere Art der Verpflegung nicht möglich ist. Die Walderholungsstätten sind Tagesasylorien!“

Im Jahre 1900 wurde die erste Erholungsstätte Jungfernhaiden-Berlin für Männer eröffnet. Diesem Beispiel folgte dann bis zum Jahre 1904 Spandau, Leipzig, Frankfurt a. M., Posen, Cassel, Düsseldorf, Halle, Dessau, Stettin, München, Karlsruhe usw. Eine Reihe weiterer Orte hat im Jahre 1905 weitere Erholungsstätten eröffnet oder in Vorbereitung genommen. Dr. Feis ruft aus: „Keine Stadt ohne Erholungsstätte! Zu jedem größeren Gemeinwesen gehören die Erholungsstätten so gut wie die Krankenhäuser.“ Sehr richtig! Recht hat auch der Verfasser, wenn er auf sein interessantes Werk, das zahlreiche Illustrationen der bestehenden Erholungsstätten enthält, der „Großherzogin Luise von Baden — in Ehrfurcht gewidmet“ hat, wenn er erklärt: „Zu einer raschen Rekonvaleszenz gehört

auser der gesunden Wohnung noch anderes, namentlich die Gelegenheit, im Freien ausgiebig ruhen zu können, und ferner eine Kost, wie sie sich leider der kranke Arbeiter, der mit seiner Familie auf das Krankengeld angewiesen ist, nur selten verschaffen kann.“ Eine Krankenkasse einer großen Stadt hat aber trotzdem die Errichtung von Walderholungsstätten abgelehnt, da dieselbe „unnötig und überflüssig, die meisten der dortigen Arbeiter nahe am Walde in lustigen und gesunden Wohnungen oder in benachbarten Dörfern wohnen“. An dieses Jdyll einer Großstadt wird wohl niemand glauben. Dr. Feis erklärt aber auch diese Meinung aus oben angeführten Gründen für irrig. Der Verfasser beschreibt anschaulich die bestehenden Walderholungsstätten und erzieht man aus dem Gebotenen, was alles zu einer richtigen Walderholungsstätte eigentlich gehört. Etwas Optimist ist Dr. Feis jedoch, wenn er so viel von den Mehrleistungen der deutschen Krankenkassen denkt. Wäre es nur so, wie er schreibt, so würde die deutsche Arbeiterschaft weniger Ursache zur Klage über unsere „herrliche soziale Gesetzgebung“ haben. Daß die „Leistungen der Krankenkassen“ sich „von Jahr zu Jahr vergrößerten, die Krankenfürsorge eine gewaltige Ausdehnung erfahren hat“, ist doch etwas zu „gewaltig“! Die Mehrzahl der Krankenkassen ist auf den Mindestleistungen stehen geblieben, werden auch immer vom knauserigen Unternehmertum, ja oftmals von der Regierung selbst gehindert, ihre Leistungen zu erhöhen, durch Zusammenlegen mehrerer Kassen leistungsfähigere Institute zu schaffen. Schließlich sind es die Kollegen des Herrn Dr. Feis selbst, die erst hohes Arzthonorar fordern und die Ausdehnung der Kassenleistungen „zurückgestellt“ wissen wollen! Daß mehr geschehen könnte ist klar. Außer den zersplitterten und deshalb doppelt schwachen Krankenkassen sind aber auch noch die Landesversicherungsanstalten, Kommunen usw. an diesen Fragen sehr interessiert, Walderholungsstätten zu errichten und zu unterhalten. Unsere reichen Versicherungsanstalten beschränken sich aber in der Mehrzahl darauf, große Kapitalien aus den Beiträgen armer Arbeiter anzusammeln, verwehren diesen dank der so reaktionären Gesetzgebung, ein kräftig Bärlein in der Verwaltung mitzugeben, zahlen lieber die larme Invalidenrente, statt prophylaktische Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten zu treffen. Später macht ja der — Kreisarzt den Invaliden wieder — „arbeitsfähig“, wenn er nicht frühzeitig an Erschöpfung verstorben ist. Nur einzelne Versicherungsanstalten haben aus eigenen Mitteln Walderholungsstätten errichtet, den Kranken selbst ermöglicht, auch diese Stätten zu besuchen. Und unsere Kommunen? Wo nicht die Arbeiterschaft dank dem Wahlrecht oder kraftvoller Organisation einen gewissen Einfluß auf die Verwaltung des Gemeinwesens sich verschaffen konnte, ist das Wort des alten Bettensofers: „Eine Stadtgemeinde folgt nicht bloß Humanitätsrücksichten, wenn sie Opfer für Heilung und Verhütung von Krankheiten und für Stärkung der Gesundheit ihrer Bewohner bringt, sondern sie schafft und legt dadurch zugleich ein Kapital an, welches hohe Zinsen trägt“, meist unbekannt.

Und doch ist die Errichtung einer Walderholungsstätte meistens von der Kommune abhängig. Außer dem Fiskus ist die Gemeinde meistens die Besitzerin des Waldes in der Nähe der Stadt. Es gilt da einen geeigneten Platz für die Stätte auszuwählen, der, wie Dr. Feis meint, nicht zu weit vom Zentrum der Stadt entfernt liegen darf, bequem durch Fahrgelegenheit erreicht werden kann, gutes Quellwasser, reine Luft vorhanden ist, keine Fabrikanlage und kein stagnierendes Wasser in der Nähe sich befindet, schönes Unterholz, guten, trockenen Boden haben muß. Wird man nun nicht von den Vorzügen der Stätte den schönsten Platz erhalten? Wo nicht die Gemeinde die Erholungsstätten errichtet, hat sich im Anschluß an die Krankenkassen gewöhnlich ein Komitee gebildet, welches die Vorbereitung traf. Anfangs hat man sich mit sogenannten Döckerschen Baracken beholfen, später ging man zum Baue von festen Bauten mit Fachwerk, wie in Stettin, Karlsruhe, Dessau usw., über. Die Geschlechter sind getrennt, eine großen Zentralküche stellt das gute und reichliche Essen her. Leider ist in diesem Punkte noch kein richtiges System. Eine Walderholungsstätte gibt nur billiges Mittagessen, andere wieder auch Frühstück, Vesper oder auch hier und da Abendessen. Bei der Zersplitterung des Rassenwesens, wie zum Beispiel in Berlin, kommt es oft vor, daß die einzelnen Kassen selbst verschiedene ihrer Erholungsbedürftigen bedenken. Die eine Kasse gewährt zum Beispiel nur ein Liter Milch pro Tag, überläßt es den Kranken, das Essen dazu selbst zu kaufen, die andere Kasse gewährt wohl Essen, überläßt es den Kranken, die Milch usw. sich zu beschaffen. In manchen Stätten hat man auch keine richtige Einrichtung für Sitz-, Liegegelegenheit usw. geschaffen, so daß viele Kranken auf dem Boden lagern und da auch ihr Mahl einnehmen. Erfreulicherweise geht man jetzt immer mehr dazu über, das Essen an langen Tafeln zu servieren, den Kranken Liegestühle, Sesseln, Längematten usw. zur Verfügung zu stellen. Bibliotheken stellen auch schon Bücher zur Verfügung, Spiele aller Art vertreiben die Langeweile. Wer eine gut eingerichtete Walderholungsstätte in vollem Betrieb einmal gesehen hat, wird sich über das rege Leben da draußen im Walde freuen, den Kranken diese Stunde der Erholung in frischem Grün, fern vom Gewühl, Gedräng und — Gestank der Stadt, bei Vogelklang und herrlicher Luft, Stille usw. von Herzen gönnen. Sind es doch unsere Arbeitsbrüder, Kameraden, die sich da erholen müssen, um neugekärft den Kampf ums Dasein wieder aufnehmen und Schulter an Schulter mit uns gemeinschaftlich weiter zu kämpfen. Deshalb wird auch die organisierte Arbeiterschaft, wie sie seit Jahren bestrebt ist, die Arbeiterversicherungsgesetzgebung aus-

zubauen, auch den Walderholungsstätten mehr Aufmerksamkeit zu schenken haben. Wo es möglich ist, für Errichtung dieser Erholungsstätten einzutreten, den Kranken billige oder freie Fahrt in den Wald, freie oder doch wenigstens angemessene Verköstigung dort zu schaffen. Großen Wert wird auf eine gute Kost zu legen sein, die ja die Heilstättenpflege auszeichnet, zumal im Walde der Appetit angeregt wird. Stellt sich auch der Pflegefuß dann auf 1 bis 1,25 Mk. pro Tag, so wird es sich auch ermöglichen lassen, daß der Kranke einen Beitrag zu den Kosten leistet. Freilich muß da ein Unterschied zwischen verheirateten und ledigen Kranken gemacht werden, auch die Höhe des Krankengeldes berücksichtigt werden müssen, das ja kaum für das Allernötigste ausreicht. Manche Krankenkassen haben sich damit zu helfen gesucht, daß sie den vollen Pflegefuß an das Heilstättenkomitee zahlen und den Erkrankten angemessene Abzüge am Krankengeld allmählich machen, nachdem durch Statut das festgelegt war. Die Abzüge für Ledige können höher sein als für Verheiratete, da erstere doch ihr Essen kaufen müßten, während in der Familie der Verheirateten trotzdem gekocht wird.

Neuerdings hat man auch Erholungsstätten für Kinder geschaffen, sogenannte Waldschulen errichtet. Die Waldschule stellt eine Verbindung von Schule und Genesungsheim dar und ist im Interesse der Kinder nur zu begrüßen. Ob es aber nötig ist, auch in einer Kindererholungsstätte, wie uns eine Illustration Feis auf Seite 44 beweist, „Die Belagerung von Port Arthur“ zu „erlernen“, ist doch fraglich. Solche „Spielereien“ sollten vermieden werden.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Nach Ablauf seiner Weihnachtsferien nahm der Reichstag am 9. Januar seine Beratungen wieder auf, und zwar beschäftigte er sich zunächst fünf Tage lang mit der sogenannten Reichsfinanzreform. Die Regierung hat ein Interesse daran, daß die Parteien nicht zu schnell ihre Stellung zu den verschiedenen Steuern festlegen, die in Vorschlag gebracht sind, um die Mittel für die geplante Flottenvermehrung und die Kolonialpolitik zu beschaffen. Der Reichschatzsekretär v. Stengel richtete deshalb an die Parteien, die sich mit der Regierung verständigen wollen, eine Mahnung zur Vorsicht, die verständnisvoll aufgenommen wurde. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien gaben sich denn auch redliche Mühe, in vielen langen Reden möglichst wenig zu sagen. Auf die sozialdemokratischen Abgeordneten macht natürlich das Werben der Regierung keinen Eindruck; sie erklärten unabweisend, daß sie für die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer ebensowenig zu haben sind, wie für die geplanten Verkehrssteuern. Ein um so höheres Interesse bringen sie jedoch der Reichserbschaftsteuer entgegen, welche sie aber viel ergiebiger gestalten wollten, als es die Regierung in ihrer zarten Rücksichtnahme auf die Interessen der Reichen wünscht. Das Stengelsche Steuerbüfett wurde schließlich an eine Kommission verwiesen, in welcher nun der Ruhehandel angehen kann. Wenn man die von bürgerlicher Seite im Plenum des Reichstags gehaltenen Reden oberflächlich verfolgt, dann könnte man zu der Ansicht neigen, daß die Steuern auf den Massenkonsum keine Aussicht auf Annahme haben. Man darf sich jedoch durch schöne Reden nicht täuschen lassen. Die Gefahr ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Regierung ihren Willen erhält, und daß das Volk in erhöhtem Maße geschröpft wird.

Die Debatte über eine vom Zentrum eingebrachte Duellinterpellation zeitigte eine Kundgebung, die berechtigtes Aufsehen erregte. Im Auftrag des Reichskanzlers verlas der Kriegsminister eine Erklärung, in welcher gesagt ist, daß ein Offizier, der nicht unbedingter Anhänger des Duells ist, aus seinem Stande ausgeschlossen wird. Nach den Reichsgesetzen ist das Duell eine strafbare Handlung, der höchste Reichsbeamte erklärt aber, daß ein bestimmter Stand nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht habe, die Gesetze zu verletzen. Und das geschieht zur selben Zeit, wo Polizei und Militär in Bewegung gesetzt werden, um Gesetzesverletzungen seitens der Arbeiter zu verhindern, an welche diese gar nicht denken. Die Arbeiter in Preußen, Sachsen und anderen Bundesstaaten erheben machtvoll ihre Stimme nach dem allgemeinen Wahlrecht, das man ihnen vorenthält beziehungsweise geraubt hat. Der Ausbruch dieses Verlangens wird mit der schießenden Platte und dem hauernden Polizeisäbel unterdrückt, und die „unabhängigen“ Gerichte sprechen draconische Strafen gegen die Demonstranten aus — im Namen des Reiches. Derselben Reiches, das zu verletzen der oberste Beamte des Reiches von der Tribüne des Reichstags als die heiligste Pflicht des „ersten Standes“ erklären läßt. Diese Tatsache muß dem letzten Arbeiter die Augen öffnen, der noch an eine Gerechtigkeit im Klassenstaat glaubt hat.

Ebenso gerecht wie die Arbeiter in der Heimat werden die Schutzbefohlenen des Reiches in den Kolonien behandelt. Weil sie ihn in einer Eingabe an die Regierung beleidigt haben sollen, hat der gemütvollte Gouverneur v. Puttkamer in Kamerun einige Negerhäuptlinge zu Gefängnisstrafen bis zu neun Jahren verurteilen lassen. Und da wundert man sich, daß es in unseren herrlichen Kolonien zu Aufständen der Eingeborenen kommt. Statt die Kolonien so schnell wie möglich zu verkaufen, wird immer mehr Geld in sie hineingesteckt. Nun sollen wiederum die Mittel zum Bau von Eisenbahnen bewilligt werden, und die Abgeordneten, die auf Kosten der Interessenten im vorigen Sommer eine Bergnügungsreise in die Kolonien unternommen haben, sind eifrig bestrebt, sich dankbar zu erweisen. Nicht ohne Erfolg, denn der Kolonialtaunel hat schon bis weit in die Kreise

der freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei hinein Anhängen gefunden.

Zum Schlusse sei noch der Antrag auf Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten erwähnt, der wieder einmal beraten und mit großer Mehrheit vom Reichstag angenommen wurde. Gewährt werden aber die Diäten vorerst noch nicht werden, denn der deutsche Kaiser will es nicht, und den bürgerlichen Parteien fehlt es an Energie, die Macht, die sie besitzen, energisch anzuwenden. Das weiß die Regierung, und dementsprechend behandelt sie den Reichstag.

Verfolgungen und Erfolge. Im Jahr 1898 bis 1903 wurden über Sozialdemokraten Strafen verhängt: elfdreiviertel Jahre Zuchthaus, zweihundert und fünfundsiebzig Jahre Gefängnis und über hunderttausend Mark Geldstrafe. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg in derselben Zeit von rund zwei Millionen und hundertstebentausend auf drei Millionen fünfundsiebenzigtausend, und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate von 58 auf 81.

Die ewige Arbeiterkammerfrage. In der Sitzung der Zweiten badischen Kammer vom 18. Januar erklärte Minister Schenkel in Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation, betreffend die Arbeiterkammern, folgendes: Die Reichsregierung beabsichtigt die Ausarbeitung eines Gesetzes betreffend die Arbeitervertretung, sobald die Reichsgesetzgebung über die Berufsvereine zum Abschluß gelangt ist. Die badische Regierung ist bereit, im Bundesrat an der Schaffung eines solchen Gesetzes mitzuwirken. Solange die Gewißheit bestehe, daß das Reich die Frage lösen werde, erachte es die Regierung nicht für geboten, durch die Landesgesetzgebung selbst auf diesem Gebiet vorzugehen. — Die Reichsregierung kündigt nun seit 1890 an, daß sie die Frage lösen werde. Bis heute aber ist ihrerseits noch kein Federstrich geschehen.

Der Bericht für Arbeiterstatistik ist am 15. d. M. zur Fortführung der Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse in der Fischindustrie und im Fleischergerbergewerbe zusammengetreten. Nachdem in beiden Fällen die Vermehrung von Auskunftspersonen aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeiter bereits stattgefunden hat, hat es sich in der Sitzung um die Berichterstattung und Begutachtung des inzwischen wieder eingegangenen und abgeschlossenen Erhebungsmaterials gehandelt. Im Monat März werden sodann die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse im Fuhrgewerbe, in Wäsch- und Plättanfabriken und in der Binnen-schifffahrt fortgesetzt werden.

Die ortsüblichen Tagelöhne. Im Kaiserlichen Statistischen Amte ist ein neues Verzeichnis der auf Grund des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes festgestellten ortsüblichen Tagelöhne ausgearbeitet worden. Es enthält die Löhne nach dem Stande vom 1. Januar 1906. Danach hat Bremerhaven die höchsten ortsüblichen Tagelöhne aufzuweisen, und zwar 3,60 Mk. für männliche und 2,40 Mk. für weibliche über 16 Jahre alte Personen. Ihm folgt Leipzig mit 3,50 Mk. und 1,80 Mk. Dann Bremen mit 3,20 Mk. und 1,80 Mk., Frankfurt a. M. mit 3,10 Mk. und 2,20 Mk., Hamburg, München und Weiz mit je 3 Mk. und 2 Mk., Düsseldorf, Köln und Dresden mit 3 Mk. und 1,80 Mk., Lübeck mit 2,90 Mk. und 1,80 Mk., sowie Charlottenburg mit 2,90 Mk. und 1,50 Mk.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Gemäß den Bestimmungen des Statuts und dem Beschlusse des Verbandstages in Leipzig berufen wir hiermit den

Sechsten ordentlichen Verbandstag

auf Sonntag den 20. Mai 1906 nach Köln a. Rh. ein. Am 20. Mai findet abends die fünftägige Vorversammlung statt, während am 21. Mai die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages beginnen werden.

Die näheren Bestimmungen über die Wahl der Delegierten werden den Zahlstellenverwaltungen baldmöglichst mittels Zirkulars bekannt gegeben.

Neben der Aufstellung von Kandidaten und den sonstigen Vorbereitungen der Delegiertenwahlen wollen die Zahlstellen sich nun auch mit der Beratung etwaiger Anträge für den Verbandstag beschäftigen. Nach § 86 des Statuts müssen Anträge zum Verbandstag 8 Wochen vor demselben an den Verbandsvorstand eingesandt und von letzterem 6 Wochen vor Zusammentritt desselben im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Wir ersuchen deshalb, alle Anträge bis zum 19. März an uns einzusenden, damit sie rechtzeitig von uns veröffentlicht und alsdann von allen Zahlstellen beraten werden können.

Jeder einzelne Antrag ist für sich auf einem besonderen Blatt Papier einzureichen.

Zur Agitation in den Städten an der holländischen Grenze haben wir ein Flugblatt „Wat organisatie vermag!“ in holländischer Sprache herausgegeben. Der Versand wird durch den Gauvorsteher in Elberfeld besorgt. Bestellungen bitten wir deshalb an Aug. Hartung, Schusterstraße 38, in Elberfeld zu richten.

Der Zahlstelle Fürstberg i. M. wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Januar d. J. einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche zu erheben.

Weiter erhalten die Zahlstellen Gomburg v. d. G. und Wernigerode hiermit Genehmigung, ab 1. Februar d. J. einen Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Woche zu erheben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 98994 Johann Albers, Tischler, geb. 7. 4. 86 zu Brake.
- 101098 Oswald Heinz, Schreiner, geb. 18. 6. 77 zu Dreißig.
- 128287 Ludwig Koch, Schreiner, geb. 27. 4. 78 zu Saargemünd.

- 149852 Edwin Kryger, Schreiner, geb. 24. 8. 84 zu Helsingör.
 - 171476 Theodor Breuer, Tischler, geb. 26. 11. 61 zu Straßfurt.
 - 235558 Anton Schauer, Tischler, geb. 11. 1. 80 zu Göbcht.
 - 235889 Ernst Fickel, Tischler, geb. 15. 5. 74 zu Alfenhagen.
 - 802522 Richard Rinde, Schreiner, geb. 30. 5. 85 zu Fuchow.
- Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Vorort Elberfeld. Den Zahlstellenverwaltungen des Gaues Elberfeld zur Kenntnis, daß im Laufe dieser Woche Zirkulare, betreffend Gaukonferenz und Anträge zu derselben, an sämtliche Zahlstellen verschickt wurden. Sollten genannte Druck-sachen in irgend einer Zahlstelle nicht angekommen sein, dann bitte um umgehende Reklamation derselben.

Der Gauvorstand. Aug. Hartung, Schusterstr. 38.

Korrespondenzen.

Bachang. Am 14. d. M. fand unsere diesjährige General-versammlung statt, die aber leider an Besuch zu wünschen übrig ließ. Zunächst wurde die Ortsverwaltung gewählt, und zwar wurde Kollege Otto Schühle zum Vorsitzenden, Karl Steinmann zum Kassierer gewählt. Im verflochtenen Jahre fanden 16 Mitglieder, zwei außerordentliche und eine Werkstattparversammlung statt. — Allgemein wurde auf die unhaltbaren Arbeitsverhältnisse am Orte hingewiesen. Pflicht der Kollegen wäre es, hier bessernd einzugreifen, dazu müßten sie zunächst aber erst einmal organisiert sein. Bedauerlicherweise befinden sich unter den Indifferenten, besonders im Morgschen Betrieb, sogar Kollegen, welche früher der Ortsverwaltung des Verbandes angehörten. Mögen alle Kollegen im neuen Jahre ihre Pflicht erkennen, sich alle organisieren und fleißig in derselben mitarbeiten, wie auch die Versammlungen regelmäßig besuchen, dann werden wir auch hier vorwärts kommen.

Bremen. (Schiffszimmerer.) Nach dem Beschlusse der letzten Generalversammlung des Werftarbeiterverbandes sollten die in dieser Organisation organisierten Schiffszimmerer geschlossen zum Holzarbeiterverband übertreten. Inwiefern dies geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis, wünschen wollen wir, daß alle Kollegen diesem Beschlusse nachgekommen sind. Wir bedürfen gewiß einer guten Organisation, haben wir es hier doch mit einem zähen Gegner zu tun. Wir müssen so lange kämpfen, bis wir das Ziel, das wir uns gesteckt haben, erreichen. Da bereitet uns aber der Indifferentismus ernste Hindernisse. Auf der Reparatur-werft des Norddeutschen Lloyd, wo bis vor kurzem nur eine mangelhafte Organisation bestand, haben wir seit dem Anschlusse an den Holzarbeiterverband energisch agitiert und sehr viel Erfolge erzielt. Von 46 beschäftigten Kollegen sind jetzt 39 organisiert, 7 Kollegen stehen in hohem Alter und 3 sind Kolonnenführer. Ferner sind von den 52 Hof- und Hilfsarbeitern, von denen bis dahin keiner organisiert war, 21 in unseren Verband, 20 in den Fabrikarbeiterverband beigetreten. Ihr seht, Kollegen, was man durch rege Agitation erreichen kann. Auf der Werft der „Altiengeseilschaft Weser“ liegen die Verhältnisse ähnlich, doch dominiert hier der Schiffszimmererverband mit circa 100 Mitgliedern. Diese Organisation laboriert an derselben Krankheit wie seinerzeit der Werftarbeiterverband, und doch können seine Leiter nicht den allein richtigen Schritt tun und sich dem Holzarbeiterverband anschließen. Kollegen, wir sollten doch nie vergessen, daß nur eine einheitliche starke Organisation auf den Werften Erfolge erzielen kann. Agitiert jedenfalls fleißig für unseren Verband, damit wir alle unorganisierten Kollegen demselben zuführen und stark genug werden zu einem entscheidenden Vorgehen.

Dachau. Auch unserer jungen Zahlstelle blieb die Feuerprobe nicht vorenthalten, indem die Unternehmer versuchen, mit allen Mitteln unsere Organisation im Aufblühen zu erschicken. Wurde vor kurzem ein Schreiner gemahregelt, so folgten bald darauf zwei Säger, darunter unser Bevoll-mächtigter vom Sägewerk Kirsch & Söhne in Alach nach. Man hat hier ja alle Brüche, die Organisation zu zerschlagen. So die Zahlstelle geradezu hinstellen, ohne gemahnt werden müssen in Bezug auf Arbeitszeit, Entlohnung sowie sonstiger Mißstände. Erst der Kritik seitens der Organisation blieb es vorbehalten, die Firma zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren zu veranlassen, welche man in letzter Zeit einfach nötigte, bis abends 1/8 Uhr zu arbeiten. Die Sägearbeiter veranlaßte man durch das Versprechen, hernach den Zehnstundentag einzuführen, zur Überzeitarbeit bis abends 11 Uhr, eine 17stündige Arbeitszeit; das gegebene Wort wurde einfach dann hinterher gebrochen. So bringt man auch hier dem letzten indifferenten Arbeiter noch die Notwendigkeit des Anschlusses an den Verband gründlich bei, die organisierten Kollegen werden durch solch brutales Vorgehen nur noch mehr im Eifer und Willen für unsere gemeinsame Sache gestärkt, und wir werden diese Feuerprobe wie so viele Tausende von unseren Kollegen in unserem und unserer Familien Interessen auch hier bestehen. Um aber weiteren Maßregelungen vorzubeugen, ersuchen wir die Kollegen aller-orts, das Sägewerk von Kirsch & Söhne in Alach bei München zu meiden.

Elberfeld-Barmen. (Stellmacher.) Der deutsche Arbeiter weiß nicht, daß es ihm schlecht geht, man muß es ihm erst noch sagen. Wenn je dieses Wort irgend angewandt werden kann, dann auf das Gros der Wuppertaler Stellmacher. Bis zum Jahre 1900 wurde hier durchweg länger als 10 Stunden pro Tag gearbeitet. Kost und Logis beim Arbeitgeber war selbstverständlich. Im Winter 1899/1900 versuchten einige Kollegen, unterstützt durch die Ortsverwaltungen, die Stellmacher zu organisieren und dann bessere Zustände durchzubringen. Schwer war die Arbeit. Im April 1900 war in Elberfeld etwa die Hälfte der Stellmacher, in Barmen im Juli gar 95 Prozent im Verband organisiert. Mit Ausnahme von drei Geschäften, die nur zeitweise Stellmacher beschäftigten, und der Firma Erb wurde der Zehnstundentag am 1. April 1900 in Elberfeld durch-gesührt. Bei letzterer Firma waren die Arbeiter selbst Gegner der Verbesserungen, wie Herr Erb mitteilte. In Barmen wurde ab 15. Juli 1900 der Zehnstundentag durch-gesührt. Kost und Logis beim Arbeitgeber ward abgeschafft. Dieses alles ohne besonderen Kampf, dank der guten Organi-sationsverhältnisse. Keiner wollte noch unter 21 Mk.

pro Woche arbeiten. Doch nicht lange sollten die guten Ver-hältnisse bestehen bleiben. Die Organisation wurde durch Abreise und Militärdienst der Kollegen arg geschwächt. Für die Arbeitgeber war die Zeit gekommen, um mit den „modernen Einrichtungen“ aufzuräumen. In „Waldeck's“ Meisterföhnen fand man willige und billige Arbeitskräfte, weil sie sich hier ausbilden wollten. Die zehnstündige Arbeitszeit haben heute in Barmen noch drei Geschäfte. 21 Mk. pro Woche gilt heute ziemlich als Maximallohn. Kost und Logis außer dem Hause ist ein Traum. Als illustrierendes Beispiel über Lohnhöhe mag folgendes dienen: „Sie können nicht von mir verlangen, daß ich den Lohn von selbst in die Höhe treibe,“ antwortete Herr Bernstein (Bernstein & Enke) 1904 einem Kollegen, welcher 24 Mk. pro Woche verlangte und sich über die niedrigen Löhne der Firma wunderte. Ganz zufällig wurde von dieser Firma am 30. Dezember 1905 ein Kollege entlassen, obgleich Herr Bernstein, wie das Zeugnis ausweist, mit seinen Leistungen zufrieden war und auch Arbeit genug da war. Der Kollege hatte aber die dort beschäftigten Waldecker zum Beitritt in den Verband aufgefordert. Auch war der Kollege pünktlich, während die Meisterföhnen, die sich dort „ausbilden“ wollen, sowie auch der „erste“ Kollege stets noch ein bißchen länger trugen, wenn Herr Bernstein da ist. Sonst sollen sie mehr als pünktlich sein. Die richtige Sorte. In Elberfeld haben sich eine Anzahl Kollegen auf Grund längerer Tätig-keit in einem Geschäft anscheinend Lebensstellung erworben. Dieses hat die betreffende Firma auch bewiesen. Ein Kollege erlitt in diesem Geschäft einen Unfall. Nach vierzehntägigem Kranksein schickte ihm die Firma (Zul. Heine) die Papiere ins Haus. Alarmierend wirkte dieses für die anderen Kol-legen — sollte man meinen — aber weit gefehlt. Man er-kennt die Bestrebungen und Erfolge des Verbandes gern an, man stimmt bei öffentlichen Wahlen sogar für die Sozial-demokratie, aber die Mitgliedschaft zum Verband lehnt man mit den einfältigsten Ausreden ab. Mit 35 Pf. Stunden-lohn glaubt Herr Erb den höchsten Lohn in ganz Elberfeld zu zahlen, weshalb er auch nur 5 Pf. Zuschlag für Überstunden geben will. Ein Herr Schmidt, in Firma G. G. Schmidt, ver-wechselt die Fabrik öfters mit der Kaserne, in der die Arbeiter die Rekruten sind. Er hat uns einen guten Dienst erwiesen. In Bohnwinkel wird nicht unter elf Stunden gearbeitet. Alles in allem, die Arbeitsverhältnisse im Wuppertal sind schlechter, als man sich außerhalb vielfach denkt. Vor einiger Zeit ist hier eine Sektion der Stellmacher gegründet worden, welche jeden ersten Samstag im Monat im Volkshaus ihre Versammlungen abhält. Die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse wird allgemein anerkannt. Von 21 Mk. Lohn kann keiner hier eine Familie ernähren. Zugereifte Kollegen reisen so bald wie möglich wieder ab. Welche Agitationsmethode sollen wir hier nun anwenden? Bei der Hausagitation wird man einfach angelogen von den älteren Kollegen und mit den schönsten Versprechungen entlassen. Die Schreiner bedanken sich dafür, einen solch unfruchtbaren Boden zu bearbeiten. Indeß, Erfolg haben wir schon gehabt und werden solchen noch mehr haben, wenn die Versammlungen besser besucht werden, besonders aber auch von den jüngeren Kollegen. Nirgends hat sich der Wert des Ver-bandes besser bewiesen — wie aus vorstehendem hervorgeht — wie gerade hier. Um die jüngeren Kollegen besser zu inter-essieren, wird in nächster Versammlung, am 3. Februar, ein technischer Vortrag, erläutert durch Zeichnungen, gehalten werden. Nun hinweg mit der Schlafmütze und vorwärts.

— Weiter erhalten wir aus Elberfeld einen Bericht über eine dort am 14. d. M. stattgefundene Versammlung, in der über den „Verlauf und das Resultat des Streiks bei Göddertz in Hammerstein und die Handlungswerte des Hauptvorstandes hierbei“ verhandelt wurde. Es heißt da wortwörtlich: „Kollege Winkelhof, der bei dem Streik beteiligt war, und zwar sogar als gemahregeltes Arbeiterausführmittelglied, erstattete den ausführlichen Bericht des am 4. Dezember bei Göddertz ausgebrochenen Streiks. Die Differenz selbst nahm ihren Anfang, als der frühere Nachkollege Köhler als Werkmeister in dem betreffenden Betrieb emporstieg. Nun hatte die Betriebsleitung ein Ende. Die Löhne waren auf einmal zu geringe die Lohnzahlung eine zu gute. Allerdings muß Köhler das Zeugnis ausgestellt werden, daß er vorher derjenige war, bei dem die Augen größer waren als der Magen. Dies besagt alles. Nur der Mißbrauch der Arbeiter selbst war es zu verdanken, daß der Streik nicht schon etliche Wochen früher ausgebrochen war. Eine famose Arbeitsordnung konnte auf weiteres von den Arbeitern nicht anerkannt werden. So setzen nur zwei Paragraphen von dieser Musterordnung herausgenommen: 1. Der Arbeiter ist dem Vorgesetzten zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. 2. Wenn ein Arbeiter betrunken in den Betrieb kommt, so hat er eine Strafe von 2 Mk. zu zahlen. 1 Mk. zahlt derjenige, der ihn kommen sieht und nicht meldet.“ So ließen sich noch Duzende von Paragraphen anführen. Große Schwierigkeiten bereitete die „hochwohlwühlliche“ Beschäftigten von Bohnwinkel, indem sie es kraft ihres Amtes verstanden, den Streitenden mit allen Hinder-nissen zu Leibe zu rücken. Arbeitswillige selbst waren es nach zehn Tagen schon zehn. Dieses ist natürlich für das Wuppertal nicht wunderbar. Jedoch die Hoffnung auf einen Erfolg hatten die Kollegen noch nicht aufgegeben. Da kam dasjenige, was wohl noch nie in der freien deutschen Ar-beiterbewegung vorgekommen sein dürfte. Ein Mitglied des Hauptvorstandes, Kollege Becker-Stuttgart, hatte auf Anfrage des Fabrikanten Göddertz, „ob der Streik genehmigt sei“, da er doch ein Feind der vom Zaune gebrochener wäre (natürlich, wie die Ansichten dieser Herren immer sind), ge-antwortet, und zwar in einem Briefe, wogegen man ja an und für sich nichts einzuwenden hätte; „Wie uns mitgeteilt wurde, sollen die Differenzen in Ihrem Betriebe ihren Aus-gang genommen haben, weil eine neue Fabrikordnung zum Ausbruch gelangte, mit deren Bestimmungen unsere Mit-glieder sich nicht einverstanden erklären konnten. Erst infolge dieser Differenzen soll dann die Entlassung des Maschinenarbeiters H. Winkelhof erfolgt sein. Wir vermüssen in Ihrem Schreiben hierauf bezügliche Mitteilungen. Der Streik selbst ist bisher von uns nicht genehmigt, da wir über den Hergang der Sache noch weitere Informationen von unseren dortigen Funktionären verlangen.“ Diesem letzteren Satz, welchen Kollege Becker diesem Unter-nehmer in dem Schreiben mitteilte, ist es gelungen, den ganzen Streik illusorisch zu machen. „Wer andere will zum Falle bringen, der jagt sich selbst und wird vergehen.“

Dem dieses trifft zweifelsohne den Kollegen Becker. Die Arbeitswilligengarde war unterdessen auf 15 gestiegen, wo wir dann gezwungen waren, den Streik aufzugeben. Einige Kollegen konnten wieder in den Betrieb eintreten, während der größte Teil keine Aussicht mehr darauf hat. Diese Mitteilung Beckers an den Unternehmer wurde mit den schärfsten Worten kritisiert, denn wenn ein solcher Fall ungehört oder ungeführt an uns vorüberging, würden uns unsere Gegner als gleiche Brüder im Streikbruch à la Köln und Bremen betrachten. Wenn wir auch, mit Wilmshausen zu reden, der Ruhe bedürfen, so können wir eine solche Handlungsweise von Leitern des Hauptvorstandes nicht akzeptieren. Kollege Schneegäß vom Hauptvorstand sowie Kollege Hartung vom Gauvorstand gaben dem Kollegen Becker die erste Hilfe. Jedoch mußte letzterer auch die Sachstellung in der Schreibweise an Göbberz verurteilen. Es nahmen noch eine Menge von Kollegen zu dieser Angelegenheit das Wort. Kollege Krumbach als Geschäftsführer fiel im großen und ganzen unter die Geißel des Hauptvorstandes. Die immerwährenden Differenzen zwischen dem Hauptvorstand und der hiesigen Zahlstelle sollen einzig nur auf die eigenmächtige Handlungsweise der Verwaltung zurückgeführt werden. Nach den Ausführungen Krumbachs sowie mehrerer Kollegen befindet sich der Sündenbock in Stuttgart. Ja, es kann behauptet werden, der hiesigen Zahlstelle einmal einen Denkzettel zu verabreichen. Gab doch Schneegäß selbst zu, mit keiner Zahlstelle unter den 700 so viel Unannehmlichkeiten zu haben, als wie mit Elberfeld-Barmen. Jedoch sei hier hinzugefügt, "schadet es vielleicht, daß die Kollegen etwas radikaler (!!) Natur sind?" (!!) Nein! Denn sonst wäre der Neunhunderttag noch nicht einmal eingeführt, aber dieses nur nebenbei bemerkt." Nach einem Beschluß der Versammlung soll sich mit dieser Angelegenheit noch der nächste Verbandstag beschäftigen. Des weiteren wurde noch Stellung genommen wegen Streikbruch des Mitglieds Friedrich Hamm bei Göbberz. Selbstredend wurde derselbe mit dem Ausschluß aus unserer Organisation für seine Tat bestraft. Die Neuwahl der Gesamtverwaltung wird erst in der Generalversammlung vom 28. Januar betätigt. Zum Schluß heißt es: "Möge dieser Bericht dazu beitragen, endlich einmal dem friedlichen Zusammenarbeiten entgegenzusehen zu können." Von solcher Friedensabsicht zeugt vorstehender Bericht allerdings nicht. Warum wird verschwiegen, daß der Fabrikant Göbberz bereit gewesen ist, die Fabrikordnung im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß abzuändern? Von der Maßregelung eines Kollegen abgesehen, war also kein Anlaß für die Arbeitsniederlegung mehr vorhanden. Die Art und Weise, wie die Elberfelder Kollegen über den Vorstand und dessen Mitglied Becker abgeurteilt haben, harmoniert trefflich mit ihrer Taktik bei den meisten Lohnunterschieden der letzten Jahre, die leider nur zu häufig gegen alle Disziplin verstoßen hat und deshalb allerdings wiederholt zu Konflikten mit der Verbandsleitung führen mußte. Mögen die Elberfelder bemüht sein, zunächst sich selbst zu bessern.

Greifswald. In der Kischerei von H. Sander herrschen seit einiger Zeit mißliche Verhältnisse, besonders weil die "Frau Meisterin" in der Werkstätte das große Wort führt, diesem Gesellen Anleitung gibt, wie sie die Ziehklinge handhaben, jenem, wie sie am vorteilhaftesten arbeiten sollen. Dabei kommt es ihr nicht darauf an, die Gesellen "Grüne Jungens" oder "dumme Bengels" zu nennen. Am 6. Januar wurde einem Kollegen dort gekündigt, weil er es abgelehnt hatte, sich von der "Frau Meisterin" in der Werkstätte unterweisen zu lassen. Jetzt sucht der Meister dafür nun Ersatz. Die Kollegen werden gut tun, diese Werkstätte zu meiden, und sich bei Arbeitsannahme vorher bei der Lokalverwaltung nach den Verhältnissen zu befragen.

Hamburg. (Korkarbeiter.) In der Versammlung vom 9. d. M. gab Kollege Marschall den Jahresbericht. Dabei gab er auch einen Überblick über die früheren Organisationsverhältnisse der Korkarbeiter hier am Plage und erweiterte die Gründe, weshalb selbige keinen Bestand hatten. Weiter zeigte er den Nutzen und die großen Vorteile des Holzarbeiterverbandes und ermahnte die Kollegen, besonders die 17 dem Verband neu beigetretenen, fleißig im Verband mitzuarbeiten und die uns noch fernstehenden ebenfalls der Organisation zuzuführen. Zum Sektionsleiter wurde Marschall, zu seinem Stellvertreter Kaphenst, Calenz und Nitz zu Schriftführern gewählt. Die im Versammlungsbericht der Breslauer Kollegen gegen die Hamburger erhobenen Vorwürfe wurden entschieden zurückgewiesen. Die Breslauer Kollegen seien doch auch erst seit kurzem in solcher Stärke organisiert. Die "Korkindustrie-Zeitung" soll abonniert und im Verkehrslokal aufgehängt werden.

Helbra bei Eisleben. In der Tischlerei von Wilhelm Wohlhaupt in Firma Friedrich Wohlhaupt in Helbra herrschen Zustände, die wirklich verblüffen, einmal an das Licht der Öffentlichkeit gezogen zu werden. So ist hier noch die elfstündige Arbeitszeit, allein nicht selten werden bis vierzehn Stunden pro Tag gearbeitet. Auch fast jeden Sonntag wird von einem Teile der Kollegen geschuftet, und es ist nur ein Wunder, daß die sonst so rührige Polizei unseres reichstreuuen Leuschnerlandchens der Sache noch nicht auf die Spur gekommen ist. Die Löhne sind recht niedrig, so ist es häufig der Fall, daß Stundenlöhne von 15, 18 und 20 Pf. herauskommen. Ein Teil der jüngeren Kollegen hat bei Wohlhaupt gelernt, und diese sind in Ermangelung ihrer Fähigkeit nicht in der Lage, in einer anderen Werkstatt zu arbeiten. Die Schuld dafür trifft natürlich den Lehrherrn, oder besser gesagt den Werkführer Kaiser, der als Nichtfachmann (gelernter Zimmermann) außerstande ist, einem Lehrling die für sein späteres Fortkommen erforderlichen Fähigkeiten beizubringen. So kommt es denn, daß sich solche Kollegen viel gefallen lassen müssen. Auch in bezug auf hygienische Einrichtungen läßt die Werkstatt recht viel zu wünschen übrig. Die Öfen rauchen aus allen Fugen, und nicht selten müssen Tür und Fenster aufgerissen werden, um nicht zu ersticken. Der Maschinensaal ist 2,25 Meter hoch und befindet sich in diesem Räume fünf Holzbearbeitungsmaschinen, welche bekanntlich zeitweilig einen ganz enormen Staub entwickeln, welcher in Anbetracht der geringen Höhe geradezu furchtbar auf die Atmungsorgane einwirken muß. Die Abortanlagen empfehlen wir dem Herrn Gewerkeinspektor einmal zur Beachtung. Mafchgelegheiten sind in keiner Weise vorhanden. In jüngster Zeit ist Herr Wohlhaupt gegen unsere Verbandsmitglieder unangenehm geworden, und doch meinte Herr Kaiser, er bekäme Verbandsmitglieder, soviel er wolle,

er will aber gar keine, oder besser gesagt, er bekommt keine mehr. Die Kollegen werden bei Arbeitergesuchen der Firma gar nichts gelegen ist. Die dort arbeitenden Kollegen müssen sich aber Mühe geben, die Verbandsinteressen hochzuhalten und dafür sorgen, daß kein Kollege dem Verband fernsteht, dann werden auch in dieser Werkstatt menschenwürdige Zustände zu erringen sein. Also, Kollegen, legt eure Schlafmüdigkeit und Interesslosigkeit ab und betätigt euch in eurem eigenen Interesse, dann wird euer Sieg auch nicht mehr fern sein. Trotz alledem und alledem.

Kaufmann. Daß die Holzarbeiter am schwäbischen Meer in der letzten Zeit eine rege Tätigkeit entfaltet haben, beweist der letzte Jahresbericht unserer Zahlstelle. 28 Versammlungen wurden im letzten Jahre abgehalten, davon 8 Agitations-, 19 ordentliche und eine kombinierte Versammlung, betreffend den Streik bei Sommer. In mehreren dieser Versammlungen wurden von hiesigen Kollegen über verschiedene Thematika Vorträge gehalten. Die Zahl der Mitglieder ist allerdings zurückgegangen, doch findet das durch den Übertritt mehrerer in Kreuzlingen arbeitenden Kollegen in den schweizerischen Bruderverband seine Erklärung. In einer öffentlichen Versammlung wurde das veräckerliche Treiben der Christlichen in Köln ins rechte Licht gerückt. Hat doch auch die hiesige Zahlstelle der Christlichen Streikbrecher dahin geliefert. Wir werden sehen, welche Stellung die hiesigen Christlichen in dem drohenden Konflikt im Glasergewerbe einnehmen. Die Glasermeister haben den Gesellen nämlich zu Neujahr eine neue Werkstattdordnung vorgelegt, wonach die Arbeitsverhältnisse künftig ungünstiger gestaltet werden sollen. Die Glaser, welche zu 95 Prozent organisiert sind, werden sich das natürlich nicht gefallen lassen. Wenn denn die Unternehmer ein Länzchen mit uns wagen wollen — wir sind gerüstet. Schwerere Kämpfe, als sie das Jahr 1905 uns gebracht, stehen uns noch bevor. Das mögen die Kollegen immer im Auge behalten und für Kräftigung der Organisation sorgen.

Mitgliederricht. Bis vor kurzem waren am Orte nur 80 bis 85 Kollegen von 100 beschäftigten organisiert. Mit Hilfe einiger Dortmunder Kollegen haben wir nun aber eine systematische Hausagitation betrieben, durch die wir fünfzig Kollegen für den Verband gewonnen haben. — In der Mitgliederversammlung vom 6. Januar wurde über die Werkstätte von Hülz & Co. lebhafte Klage geführt. Die Kollegen, besonders die Verheirateten, werden dort auf alle mögliche Weise schikaniert. Auch bei der Firma Korte ist nicht alles, wie es sein soll. Vor allem lassen bei beiden Firmen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vieles zu wünschen übrig. Helfen kann nur eine starke Organisation. Mögen deshalb alle Kollegen fleißig agitieren, alle ihre Mitkollegen dem Verband zuführen und selber sich mehr um unsere Organisation kümmern. Am 8. Februar spricht hier Kollege Drescher-Elberfeld über "Die Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiterverbandes". Kollegen, sorgt für einen guten Besuch dieser Versammlung, damit der Verband gekräftigt wird und wir vorwärts kommen.

Magdeburg. (Modelltschler.) In unserer großen Industriestadt Magdeburg, wo zirka 15000 Metallarbeiter und ungefähr 500 Modelltschler beschäftigt sind, sah es bis vor ungefähr einem Jahre noch recht trübe mit der Organisation der Modelltschler aus. Da entbrannte der Kampf unserer Kollegen in der Bau- und Möbelindustrie, und mit ihm zugleich setzte der Streik der Modelltschler in Berlin ein um Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Diese Kämpfe sind nun nicht fruchtlos vorübergegangen an den Kollegen in den Fabriken. Dazu kam, daß es in der Eisen- und Stahlgießerei von Otto Gruson ebenfalls zum Ausstand kam wegen Verweigerung von Streitarbeit. Wir mühten die Situation sofort aus und agitierten nun mit Erfolg für die Organisation in den Betrieben. Wegen des Konfliktes bei Otto Gruson verhandelte der "Industriellenverband" mit unseren Kollegen. Die Unternehmer schwuren hoch und teuer, es sei keine Streitarbeit, und drohten, die verweigerte Arbeit in allen Betrieben anzubieten, und im Falle der Fehlschlagung mit einer allgemeinen Ausperrung in aller Reichweite. Wir können demgegenüber den Beweis der "Streitarbeit" nicht erbringen und nahmen dieserhalb die Arbeit wieder auf, da auch schon die Former sich mit unseren Kollegen solidarisch erklären wollten. Jetzt fingen jedoch die Kollegen in allen übrigen Betrieben an, über ihre jämmerliche Lage nachzudenken. An Überstunden wurde bis dato das Menschenmögliche geleistet. Löhne von 80, 85 und 40 Pf. waren keine Seltenheit. Es gelang uns, trotz der erst jungen Organisation, in den meisten Betrieben ohne Streik die Löhne um 3 bis 5 Pf. zu erhöhen und die Überstunden auf ein erträgliches Maß einzuschränken. In diesem Jahre wollen wir einen Schritt weiter gehen und sämtliche Überstunden ablehnen. Auch dürfen wir nicht davor zurückschrecken, gleich unseren Kollegen in der Bau- und Möbeltschlerei die neunstündige Arbeitszeit zu erringen, sei es nun im Verein mit den Metallarbeitern, sei es — ohne dieselben. Die bevorstehende Konferenz in Halle, zu der wir ja ebenfalls zwei Kollegen schicken werden, wird ja über die Taktik, die wir in Zukunft einschlagen müssen, Klarheit schaffen, damit wir uns nicht wieder vor einem übermütigen Unternehmertum ducken müssen. Unser Hauptaugenmerk müssen wir vor allen Dingen auf den Arbeitsnachweis legen. Das Umschauen ist unter allen Umständen zu vermeiden. Ebenso muß es sich jeder Kollege zur Pflicht machen, dem Nachweis (Maßregelungsbureau) der Metallindustriellen fernzubleiben. Kollegen, der Zahl nach sind wir ja jetzt ziemlich gut organisiert, doch läßt der Geist der Kollegen manchmal recht viel zu wünschen übrig. Doch mit der Zeit wird's auch darin besser werden, wenn jeder Klassenbewußte Kollege seine Schuldigkeit tut. Darum vorwärts.

Miskau. Am 8. Januar fand die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Fast sämtliche Kollegen waren anwesend. Mit Freuden kann konstatiert werden, daß alle am Orte beschäftigten 75 Kollegen im Holzarbeiterverband organisiert sind. Zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisation am Orte ist nunmehr auch ein Gewerkschaftsstellvertreter gegründet worden. In die Lokalverwaltung wurden Kollege Weise als erster, Zimmermann als zweiter Vorsitzender, Girche als Kassierer und Welt als Schriftführer gewählt. Kollege Weise gab einen kurzen Überblick über das verfloffene Jahr, das uns Arbeit in Hülle und Fülle, aber auch große Erfolge gebracht hat. Die Kollegen brachten

dem Verband ein reges Interesse entgegen, was durch den zahlreichen Besuch unserer Mitgliederversammlungen zum Ausdruck kam, welche alle vierzehn Tage stattfinden. Hoffen wir, daß wir das nächste Jahr zum Schluß wieder so zufrieden zurückblicken können, wie aufs vergangene. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Olbernhau. Am 6. Januar fand eine von zirka 180 Personen besuchte Versammlung der Holzarbeiter statt, in welcher Kollege Gerlitke-Dresden einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über "Die Taktik der Unternehmerorganisationen und deren Bedeutung für die Gewerkschaften" hielt. Nachdem beschäftigt sich die Versammlung mit der Maßregelung des Vertrauensmannes. Hierbei kam so recht die reaktionäre Taktik der Unternehmer zum Vorschein. Der Inhaber der Firma Endler in Olbernhau stellte den dort beschäftigten Vertrauensmann, nachdem derselbe bereits vier Jahre dort arbeitete, vor die Wahl, entweder 5 Pf. pro Stunde billiger zu arbeiten oder entlassen zu werden. Der beabsichtigte Zweck war, den Bevollmächtigten bei seinen Kollegen zu kompromittieren und dadurch unmöglich zu machen. Da jedoch die zugehörte Lohnkürzung energisch zurückgewiesen wurde, erbot sich Herr Endler darauf, daß er sein Opfer taktisch hinauswarf. Ein sonderbarer Dank für mehrjährige treue Dienste! Leider verjagten die übrigen Beschäftigten, ja die meisten sind bemüht, sich beim Herrn Endler "Liebkind" zu machen und ist diese Unkollegialität dieser Suchkollegen dem Unternehmer kein Rückgrat. Es gelang dem gemäßregelten Kollegen bald, in der Möbelfabrik von Weinhold Arbeit zu erhalten. Kaum eingestellt, wurde er jedoch nach einigen Schikanierungen wieder entlassen. Als Erklärung wurde ihm bedeutet: "Sie sind der größte Heber in Olbernhau, und mit Rücksicht auf meine Kundschaft kann ich nämlich haben die Kollegen des Herrn Weinhold bei diesem ihren Einfluß geltend gemacht zwecks Entlassung unseres Kollegen. Die Taktik der erzgebirgischen Unternehmer und ihre Organisation richtet sich nicht nach menschlichen und christlichen Gesetzen, sondern nur nach kapitalistischer Brutalität. Nun, die Organisation der Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß die Opfer kapitalistischer Willkür Hilfe finden und die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen. Den gesamten Holzarbeitern in Olbernhau und Umgebung aber sei dringend gesagt: Die Unternehmer sind nämlich organisiert, reaktionär und zahlen trinkgeldähnliche Löhne, und wenn sich die gesamten Holzarbeiter nicht aufrufen und sich ebenfalls geschlossen organisieren, dann kann es ihnen gehen wie den erzgebirgischen Spielwarenarbeitern, daß ihre zukünftige Hauptnahrung nur noch aus "Göhen" besteht. Darum sei nochmals dringend gemahnt, stellt den reaktionären organisierten Unternehmern eine geschlossene Organisation im Holzarbeiterverband gegenüber, ehe es zu spät ist."

Schwerin. (Korkarbeiter.) Es liegt gewiß im allgemeinen Interesse, daß die Schweriner Korkarbeiter mal etwas von sich hören lassen, zumal der Agitationsbericht des Kollegen Lüth besagte, daß die Schweriner Korkarbeiter, 40 an der Zahl, noch abseits der Organisation ständen. Dies ist nicht ganz zutreffend. Die Handwerker hier sind alle organisiert. Hierfür hat das Unternehmertum selbst gesorgt, und das trug sich folgendermaßen zu: Im Mai vorigen Jahres nutete uns Herr Sammers zu, einen Akkord zu machen, wonach ein guter Arbeiter im Höchstfalle 9 bis 10 Mk. wöchentlich bei zwölfstündiger Arbeitszeit (Medizinwürfel zuschneiden 15 Pf. pro Mille) verdienen konnte. Dieses ging uns denn doch über die Gutchnur und wir legten alle, das heißt die Frau- und Handrundsneider, obwohl nicht organisiert, die Arbeit nieder. Wir verlangten 25 Pf. pro Mille und für andere Arbeiten auch einen kleinen Akkordzuschlag, ebenso sollte der Stundenlohn, welcher bisher 21 Pf. pro Stunde betrug, auf 25 Pf. erhöht werden. Es fand hierauf eine Unterhandlung mit Herrn S. statt mit dem Resultat, daß er mit einem Sozialdemokraten überhaupt nicht unterhandeln wolle. Dies war für uns alle maßgebend und wir verließen die Fabrik. Dann ließen wir schriftlich Bescheid geben, daß wir bis abends 6 Uhr im Besitze unseres Geldes und Entlassung sein wollten. Zur festgesetzten Zeit erschienen wir, um unsere Entlassung entgegenzunehmen. Erst dann ließ Herr S. sich in Unterhandlungen ein. Das Resultat war, daß er die geforderte Lohnerhöhung teilweise bewilligte, so für die Medizinwürfel 25 Pf. und auf andere Arbeiten einen kleinen Zuschlag, was pro Woche 40 bis 50 Pf. ausmacht. Nur mit dem Stundenlohn konnte Herr S. sich noch nicht schlüssig werden und sollten wir uns später Bescheid holen. Nun ist Herr S. verschiedentlich an sein Versprechen erinnert worden, aber wir wurden immer mit leeren Ausreden hingehalten bis 14 Tagen vor Weihnachten, wo wir aufgefordert wurden, Stundenlohn zu machen, natürlich für 21 Pf. Durch die Erfahrung im Frühjahr aber klug geworden, daß wir ohne eine Organisation unfähig sind, gegen die Willkür des Arbeitgebers anzukämpfen, hatten wir uns alle dem Holzarbeiterverband angeschlossen. Jetzt, wo wir hinter Deckung standen, konnten wir die Annäherung des Fabrikanten, für 21 Pf. Stundenlohn zu arbeiten, wenn auch 14 Tage vor Weihnachten, energisch zurückweisen. Wenn der Herr sich auch erst aufs große Pferd setzte, indem er sagte: Wenn es nicht paßt, kann ja gehen, sah er sich wohl oder übel gezwungen, 25 Pf. Stundenlohn zu bewilligen, weil, ja weil die Kollegen alle organisiert waren, auch einmütig die Arbeit niederlegten. Ein Beweis mehr, wie notwendig es ist, die bisherige Gleichgültigkeit abzulegen und uns dem Verbands anzuschließen. Kollegen Deutschlands, unterstützt uns, um unsere traurige Lage, in der wir uns befinden, zu beheben, indem ihr euch alle, soweit es noch nicht geschehen ist, dem Holzarbeiterverband anschließt.

Unsere Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten von:
Tischlern nach Altensteig (H. Maier sen.), Fischbach im Taunus (Schmidt), Fürstenwalde a. Spreew. Mühlhausen in Thüringen, Deis, Priebus (D. F. Schulze), Postock (Neptunwerst), Wetzwasser (Ortel & Co.), Salzburg;
Tischlern und Maschinenarbeitern nach Sitten (Schweiz);

Tischlern, Stellmachern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bielefeld (Gyumann & Co.);
Stuhlbauern, Drechsler, Polierer und Maschinenarbeitern nach Berlinchen, Schandau, Schwälungen;
Drechsler nach Barnau (Mickert, Schönewert, Jnh. Fleeger), Coswig (H. S. Moller Nachf., Jnh. W. Pommitz), Lauterberg (Hillegast), Schönlanke (P. Bifach);
Gummidrechsler nach Leipzig;
Stoßdrechsler nach Hamburg, Brüssel;
Zelluloid- und Stockarbeitern, Kammachern nach Leipzig (Mendelsohn);
Korbmachern nach Liegnitz (Konechny), Magdeburg (Reinecke);
Wirkmaschinen nach Wilhelmshorst (Michelson & Reiner), Schweiz;
Sägen- und Sägemerkmacher nach Allach bei München (Th. Ritsch & Söhne).

In Berlin haben die Stockarbeiter in 22 Betrieben, in denen 480 Kollegen beschäftigt sind, den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 51 Stunden pro Woche oder 8 1/2 Stunden pro Tag; wo kürzere Arbeitszeit besteht, wird dieselbe beibehalten. 2. Festsetzung eines Minimallohns von 25,50 Mk. pro Woche. 3. Lieferung des Schleif- und Poliermaterials seitens der Firma. 4. Ein Lohnzuschlag von 10 Prozent für Lohn- wie Akkordarbeiten; wo bisher die Polierer Politur selbst stellten, gilt die Lieferung von Spiritus und Schellack als der Lohnzuschlag. 5. Einrichtung eines Arbeitsnachweises, durch welchen sämtliche Arbeitskräfte vermittelt werden. 6. Einrichtung einer Kommission zur Schlichtung aller Streitigkeiten in Lohn- und Arbeitsfragen, wie dieselben bereits in anderen Gewerben seit Jahren dauernd bestehen. Bis Sommerabend den 20. Januar wurden dieselben in 7 Betrieben, in denen 158 Kollegen beschäftigt sind, endgültig bewilligt. Die Unternehmer teilten der Branchenleitung mit, daß sie gewillt seien, mit der Leitung der Lohnbewegung in Unterhandlung zu treten. Eine Vorbesprechung fand am 19. Januar abends statt. In derselben wurde beschlossen, daß vor der Schlichtungskommission, die zwischen dem Holzarbeiterverband und dem Verband der Holzindustriellen vereinbart ist, die Einigungsverhandlungen am Montag den 22. Januar fortgesetzt werden sollen. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß ein gemeinsamer Tarif getrennt für die Zelluloidindustrie, die Papierstockindustrie wie auch die Schirmstoffindustrie für Berlin und Umgegend ausgearbeitet werden soll.

In Bielefeld befinden sich in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik in Firma Gyumann & Co. 25 Kollegen im Ausstand. Der größte Teil der Kollegen war wegen Arbeitsmangel entlassen, es stellte sich aber heraus, daß es sich bei den Entlassungen um einen Schlag gegen die Organisation handelte, deshalb legten alle in Betriebe beschäftigten Holz- und Metallarbeiter, im ganzen 135 Mann, die Arbeit nieder. Zuzug von Tischlern, Stellmachern, Maschinen- und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

In Heintzen sind bei der Firma Julius Kühnemann die Differenzen zugunsten der Kollegen beigelegt. Ebenso ist der Streik der Bildhauer beendet worden. Die Kollegen von Heintzen sollten daraus aber erlernen, daß durch die Organisation sehr viel zu erreichen ist. Darum hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband, nur in diesem könnt ihr eure Interessen wahren und fördern.

In Schwälungen sind bei der Firma Sella & Co., Stuhl- und Luxusmöbelfabrik, Differenzen ausgebrochen. Zwei Maschinenarbeitern wurden 2 Pf. pro Stunde abgezogen, so daß ihnen nur noch Wochenverdienste von 12 Mk. verbleiben. Weiter wurde ein Kollege entlassen, weil er sich weigerte, einen unglaublich niedrigen Akkord anzunehmen. Schließlich wurde auch dem Bevollmächtigten, als er dieserhalb intervenieren wollte, gekündigt. Zuzug von Stuhlbauern, Polierern, Drechslern und Maschinenarbeitern ist streng fernzuhalten.

W. A. N. N.

In Salzburg dauert die Aussperrung der Tischler unverändert fort. Zuzug von Tischlern nach hier ist streng fernzuhalten.

In Dänemark haben alle Zahlstellen des Wirtschmacherverbandes ihren bis 1. März d. J. gültigen Tarifvertrag gekündigt. Wir müssen, da es wegen Einführung eines neuen Tarifvertrags voraussichtlich zu ernststen Differenzen kommen wird, an die deutschen Wirtschmacher das Ersuchen richten, Dänemark zu meiden. Reiseunterstützung wird von jetzt ab bis zum Abschluß der Bewegung nicht mehr ausbezahlt.

Aus der Holzindustrie.

Nur keine Verkürzung der Arbeitszeit

Ist die Parole, welche die „Fachzeitung“ für die Berliner Tischlermeister ausgibt. In einem Artikel, in welchem sie auf den plötzlich eingetretenen Rückgang der Konjunktur hinweist, richtet sie an die Tischlermeister den Appell, nicht etwa in den Fehler zu verfallen, fertige Waren unterm Preise anzubieten, da durch solche Maßnahmen nicht nur der Verkäufer selbst, sondern auch seine Kollegen geschädigt würden. Diese Mahnung ist ganz berechtigt, es kommt nur darauf an, inwieweit sie Beachtung findet. Als Mittel, sich über die Katastrophe hinwegzuhelfen, empfiehlt das Blatt die Einschränkung des Betriebs. Im Interesse beider Teile (Meister und Gesellen) liegt es, meint der Artikelschreiber, durch eine vorübergehende Einschränkung die flaute Zeit zu überwinden.

Auf die Frage, ob die Betriebseinschränkung durch Verkürzung der Arbeitszeit oder durch Entlassung von Arbeitern zu erfolgen hat, geht dieser Artikel nicht des näheren ein. Das geschieht jedoch in einer Einsendung, welche in Nr. 1 der „Fachzeitung“ veröffentlicht wird. Dort wird gegen die in Fachkreisen gewöhnliche Erwägung, dem Übelstand durch

Verkürzung der Arbeitszeit zu begegnen, entschieden Front gemacht. Der Einsender erklärt die dringliche Mahnung: Alles andere, nur keine Verkürzung der Arbeitszeit! Die Redaktion fügt hinzu, daß auch andere in dieser Angelegenheit an sie gelangte Zuschriften sich in der gleichen Weise aussprechen.

Die Berliner Tischlermeister proklamieren also den Grundsatz, daß auf die Lage der Arbeiter keinerlei Rücksicht zu nehmen ist. Lieber massenhafte Entlassungen, als durch Verkürzung der Arbeitszeit dem Arbeiter auch über die schlechte Zeit hinweghelfen. Im Grunde genommen schneiden sich die Herren, die einen so geringen Weitblick verraten, ins eigene Fleisch, und wenn sie später über Mangel an eingearbeiteten Gesellen klagen, dann werden sie sich sagen müssen, daß sie diesen Mangel selbst verschuldet haben. Auf der anderen Seite ist es aber gut, daß sie aus ihrer Stellung dieser Frage gegenüber kein Hehl machen; die Tischlergesellen wissen jetzt, woran sie sind, und werden nicht verhehlen, die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Immer bei der Wahrheit bleiben! aber unsere Klavierarbeiterkonferenz in Leipzig wird in Nr. 11 der „Zeitschrift für Instrumentenbau“ geschrieben: „Über das Resultat (der Konferenz) konnte bisher nichts ermittelt werden, da außer Angehörigen der Branche oder des Verbandes der Zutritt niemand gestattet war.“ Die „Deutsche Instrumentenbau-Zeitung“ sagt von der Konferenz in ihrer Nr. 10: „Es waren wohl eine Reihe Delegierter der Instrumentenbranche, soweit sie im Holzarbeiterverband organisiert sind, aus den Orten, in denen der Instrumentenbau betrieben wird (1), erschienen, doch konnte bis jetzt nichts Genaueres über den Verlauf der Verhandlungen erfahren werden, da der Zutritt nur den direkt Beteiligten gestattet wurde; selbst die Presse war ausgeschlossen.“ Ähnlich die „Deutsche Musikinstrumentenzeitung“ in ihrer Nr. 15. Alle diese Unternehmerviertel haben wider besseres Wissen die Unwahrheit gesagt, das heißt gelogen, wenn sie behaupteten, zu der Konferenz seien nur die direkt Beteiligten zugelassen worden, vor allem sei den Vertretern der Presse der Zutritt dazu verweigert worden. Denn die Konferenz tagte in vollster Öffentlichkeit, und die Vertreter der Presse konnten schon deshalb nicht zurückgewiesen werden, weil sich außer einem Berichterstatter der Parteipresse, der auch der Konferenz von Anfang bis Ende beiwohnte, nicht ein einziger Berichterstatter zu der Konferenz eingefunden hatte. Die Konferenz hatte ausschließlich einen agitatorischen Charakter, und agitieren kann man bekanntlich nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Die Freie Vereinigung der Tischler Deutschlands beruft auf den 20. und 21. April eine Konferenz nach Berlin. Aus der vorgeschlagenen Tagesordnung ist hervorzuheben: Unsere Stellung zu Tarifverträgen und Abänderung des Regulativs.

Der Verein der Holzindustriellen Rheinlands und Westfalens beschloß, für den Kubikmeter kantiges Bauholz ab Rheinhäfen 48 Mk. zu fordern und darauf hinzuweisen, daß für die Folgezeit Preis erhöhungen bevorstehen.

Im Waggonbau war im Jahre 1905 ein außerordentlich günstiger Geschäftsgang, das haben wir schon des öfteren klargelegt, es wird aber drastisch veranschaulicht in einer Übersicht der „Södnischen Zeitung“ über den Kapitalmarkt im Jahre 1905. Danach haben die Aktien der Breslauer Eisenbahnbau-Aktiengesellschaft vormals W. Linke und der Düsseldorf Waggonfabrik im Jahre 1905 den höchsten Kurs erreicht. Diese standen am 31. Dezember 1905 auf 304,50 gegen 249,75 Ende 1904 und 200,75 Ende 1903. Der höchste Preis belief sich im Jahre 1905 auf 310,0, im Jahre 1904 242,50, im Jahre 1903 211,0; der niedrigste Preis war im Jahre 1905 217,0, im Jahre 1904 120,0 und im Jahre 1903 103,0. Die Aktien der Düsseldorf Waggonfabrik standen Ende 1905 auf 289,00, Ende 1904 auf 277,0, Ende 1903 auf 216,30. Der höchste Preis belief sich im Jahre 1905 auf 295,0, 1904 auf 288,25 und 1903 auf 221,50, der niedrigste Preis betrug 1905 266,25, 1904 218,0, 1903 185,75. — Fürwahr, das Jahr 1905 war ein gesegnetes Jahr für die Aktionäre!

Gewerkschaftliches.

Farbenblind.

Es ist seit Jahren das Bemühen unserer Gegner, Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften zu schaffen; zu dem Zwecke werden fortgesetzt in der Unternehmerpresse ängstlichen Spießersellen die greulichsten Geschichten von gewerkschaftlichem Terrorismus aufgetischt. Wenn man dieser Presse glauben wollte, so wären die Gewerkschaften nichts anderes als eine Bande Räuber und Mörder, die nur nach dem Leben und Eigentum ihrer Mitmenschen trachten. Auch die christliche Gewerkschafts- und mit ihr die Zentrumspresse fruktifiziert eifrig den Terrorismusskandal gegen unsere Gewerkschaften. Jede, auch die geringste Ausschreitung freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter wird den Lesern dieser Zeitungen, womöglich in Form eines Leitartikels brühwarm vorgelegt. Von den eigenen Sünden auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen und politischen Terrorismus erfährt man aus dieser Presse auch rein gar nichts, obwohl da doch recht viel zu berichten wäre. Denn kein Arbeiter, das wissen wir aus langjähriger persönlicher Erfahrung, ist gegen seine Kollegen, besonders gegen die andersdenkenden, unzulässiger als der sogenannte christliche. Unsere Kollegen gehen den Christen, deren Unverträglichkeit allen bekannt ist, meist schon immer auf dem Wege, immerhin passieren im Verhältnis viel mehr christliche als freigewerkschaftliche Terrorismusfälle. Die christlichen Kollegen sind über ihre eigenen Fehler meist peinlich schweigsam, und unsere Kollegen haben kein Interesse an neuen Zuchthausvorläufen

Um einen drastischen Fall christlichen Terrorismus anzuführen: erst kürzlich ist der Kassierer der Zahlstelle München des Christlichen Holzarbeiterverbandes wegen Terrorismus eines unserer Kollegen verurteilt worden, ohne daß der christliche „Holzarbeiter“, der eine Chronik für Material zu einer neuen Zuchthausvorlage aufgemacht hat, davon Notiz genommen hätte.

Fortgesetzt wird in dieser Presse auch immer wieder über die bösen freien Gewerkschaften geschimpft, daß sie bei Inzenerierung von Lohnbewegungen die christlichen Organisationen nicht respektieren. So wurde erst vor kurzem der Deutsche Schneiderverband beschuldigt, ohne Wissen und Willen des christlichen Verbandes im mitteldeutschen Konfessionsbezirk Forderungen eingereicht zu haben. Daß das viel häufiger seitens der christlichen Gewerkschaften geschieht, und zwar in Fällen, wo sie nur einen geringen Bruchteil gegenüber der in den freien Verbänden organisierten Arbeiter darstellen, wird dabei immer wieder verschwiegen. Typisch hierfür war das Verhalten der christlichen Holzarbeiter in München. Diese sind von unseren Kollegen stets bei Lohnbewegungen als Gleichberechtigte zugezogen worden. Nichtsdestoweniger hat die christliche Zahlstelle im Spätherbst des letzten Jahres, ohne unsere Zahlstelle davon zu verständigen, beim Gewerbeamt München zwecks Verhandlungen mit den Unternehmern einen Tarifvertrag eingereicht. Die christliche Zahlstelle umfaßte noch nicht 300, unsere Zahlstelle dagegen 3200 Mitglieder.

Von allen diesen Geldentaten, die sich nur als Verräterei an der Arbeiterchaft qualifizieren lassen, weiß die christliche Presse nichts zu berichten; sie sehen immer nur die Schlechtigkeiten der verhassten Freien, gegen ihre eigenen Schlechtigkeiten sind sie blind. Oder ist es den christlichen Redakteuren und Berichtstattern Gewissenssache, nur die Splitter in ihres Bruders Auge zu sehen, dabei aber des Balkens im eigenen Auge zu vergessen.

Der Hafnarbeiterverband hat im Jahre 1905, wie der „Hafnarbeiter“ sagt, kämpfen müssen wie in keinem anderen zuvor. Ja, wir haben in diesem Jahre kaum eine Woche zu verzeichnen gehabt, wo wir nicht irgendwo im Kampfe gelegen hätten. Und zu gleicher Zeit haben wir öfter an mehreren Stellen die Angriffe des Ausbeutertums abwehren müssen. „Kein Jahr hat uns mehr neues Blut zugeführt als das Jahr 1905. Am Anfang dieses Jahres existierte noch keine Mitgliedschaft Emden, noch keine Mitgliedschaft Swinemünde und auch keine Königsberger. In Emden haben wir circa 600 Mitglieder, die glänzend ihre Feuerprobe bestanden haben. Die Swinemünder Kollegen sind in Stärke von 300 unserem Verband beigetreten, und sie sind ebenfalls tüchtige Kollegen. In Königsberg sind wir in Stärke von 600 Mann neu entstanden. An der Elbe sind mehrere Mitgliedschaften entstanden: Alken, Lorzau, Wittenberg, Wallwischen und Dessau. Die Hamburger Schauerleute haben es infolge ihrer Lohnbewegung von circa 1500 Mitgliedern auf 3000 gebracht. Überall regt es sich zu neuen Leben. Die Kollegen beginnen zu erwachen. Es ist eine Lust zu leben.“

Im Porzellanarbeiterverband soll eine nach Branche geordnete Statistik über die Zahl der Beschäftigten aufgenommen werden, um das Zahlenverhältnis zwischen Organisierten und Unorganisierten festzustellen. Desgleiche werden zur Ermittlung der Löhne dieselben Formulare wie im Jahre 1905 herausgegeben.

Der Schirmmacherverband, der am 1. Januar 1905 mit 150 Mitgliedern ins Leben trat und der zurzeit 16 Zahlstellen 400 Mitglieder zählt, hielt zu Weihnachten in Frankfurt a. M. seinen Verbandstag ab. Das Statut erfüllt eine vollständige Umarbeitung. Danach sollen künftig auch Arbeiterinnen in den Verband aufgenommen werden. Der Beitrag wird von 25 auf 35 Pf. pro Woche für Männer erhöht. Der Beitrag für weibliche Mitglieder wird auf 10 Pf. festgesetzt und das Statutgeld beträgt 25 Pf., der Männer 50 Pf. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz, Reiseunterstützung nach zwölftägiger Mitgliedschaft pro Tag von 50 Pf. bis zu Höhe von 18 Mk. im Jahre. Streit, Aussperrung und Wahrung nach Maßgabe der Kassenverhältnisse, sowie unentgeltliche Zustellung des Fachorgans. Der Sitz des Verbandes ist in Düsseldorf. Als Sitz des neu einzuführenden Ausschusses wird Bremen bestimmt und der dortigen Zahlstelle die Wahl desselben überlassen. Der Verbandstag erklärt sich für die Einführung eines Minimaltarifs für Deutschland und beauftragt den Zentralvorstand, dem nächsten Verbandstag den Entwurf eines Tarifs auf Grund einer von zunehmenden Erhebung der Verhältnisse in den Städten u. Schirmfabrikation vorzulegen. Nachdem noch über Wirtsch bei der Lehrlingszählerei eine eingehende Diskussion stattgefunden und der Vorstand gewählt war, hatte der Verbandstag seine Arbeit erledigt.

Im Steinarbeiterverband wird zurzeit die Einführung einer Kranken- und einer Sterbefallunterstützung diskutiert. Nach dem von Vorstandsvorstand vorgelegte Entwurf soll die Krankenunterstützung nach 52wöchiger Mitgliedschaft 75 Pf. pro Tag betragen für die Dauer von 6 Wochen, steigend bis zu 12 Wochen nach dreijähriger Mitgliedschaft. Das Sterbegeld beträgt nach dreijähriger Mitgliedschaft 30 Mk. und wird an die hinterbliebene Ehefrau beziehungsweise Kinder ausgezahlt. Beabsichtigt beziehungsweise gewünscht war eine Vorlage betreffend Erwerbsloshilfeunterstützung. Die seit dem letzten Verbandstag geführte Statistik ergab indessen ein solches Resultat, daß der Verband insolge der damit verbundenen enormen Mehrausgaben davon Abstand nahm.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ erscheint gegenwärtig einer Auflage von 115 000 Exemplaren.

Die „Braner-Zeitung“ hat mit ihrer letzten Nummer eine Auflage von mehr als 28 000 Exemplaren erreicht.

Ein nationaler Bergarbeiterverband ist laut Meibauer der „Rhein-Westf. Zeitung“ im Ruhrrevier „gefunden“ worden. Die Sache ist zu dumm, um lang und breit darauf eingehen zu müssen.

Unternehmerbewegung.

Schärfere Gesetze gegen die Gewerkschaften

fordert der berüchtigte Scharfmacher Bueck in der „Deutschen Industrie-Zeitung“, dem Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller. In einem Rückblick auf die sozialpolitischen Vorgänge des Jahres 1905 kommt er auf den Streik der Bergarbeiter im Ruhrrevier zu sprechen und bedauert die einseitige Stellungnahme der öffentlichen Meinung. Durch die Bergesehnovelle, meint er, sei die Sozialdemokratie vor der schwersten Niederlage gerettet worden, und beweist damit, welche Vermittlung die Heftigkeit im Kopfe dieses bezahlten Agitators der Unternehmer angerichtet hat. Die große Metallarbeiterausperrung in Bayern löst der Brave in einen Streik um, der nur inszeniert wurde, weil die Macher einen Sieg in Bayern als erforderlich erklärten, um dann in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie vorzugehen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, nachdem sich die Unternehmer zu recht annehmbaren Zugeständnissen bereit erklärt hatten, Herr Bueck sagt aber, der Streik wurde niedergeschlagen.

Von der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik sind die Scharfmacher recht wenig erbaut; die Generalversammlung der Kathedersozialisten, sagt Herr Bueck, habe aufs neue bewiesen, daß der allergrößte Teil unserer akademische Ausbildung suchenden Jugend in sozialpolitischer Beziehung in der Richtung weitgehender sozialistischer Theorien erzogen werde; ob zum Segen des Vaterlandes könne bezweifelt werden. Unter Vaterland versteht Herr Bueck hier den Geldschrank der Großindustriellen, und in diesem Sinne sind seine Bekennungen verständlich. Andererseits spricht der bezahlte Agitator der Scharfmacher mit der größten Hochachtung von dem sozialpolitischen Streben des Grafen Posadowsky. Kein Wunder, haben doch die beiden, wie die Zwölftausendmarkaffäre ruhmlosen Andenkens zeigt, schon Geschäften miteinander gemacht, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, und das verbindet zu gegenseitiger Liebe. Das Lob, welches den schönen Reden des in dieser Beziehung bekanntlich besonders leistungsfähigen Reichsanzlers gezollt wird, erhält einige Einschränkungen. Mit dem Reden allein ist es nicht getan, Herr Bueck will auch Taten sehen; gegenüber der revolutionären und herausfordernden gewordenen Sozialdemokratie, gegenüber der brutalen, systematisch betriebenen Aufwiegelung der Arbeiter genügen Worte nicht. Weiße Schichten des Bürgertums hielten die bestehenden Gesetze nicht für genügend, deshalb soll die Regierung neue Gesetze dem Reichstag vorlegen und diesem die Verantwortung für die Folgen zuschieben, wenn er sie wieder ablehnt.

Wenn man einem Stiere ein rotes Tuch vorhält, dann wird er wild und kann in diesem Zustand viel Unheil stiften. Die Wirkung, welche die Scharfmacher durch das Schwerten des roten Lappens auf die Regierung hervorzurufen bestrebt sind, zeugt nicht dafür, daß sie bei dieser eine besondere Intelligenz voraussetzen. Die Maßnahmen, die in einzelnen Bundesstaaten, besonders in Preußen und Sachsen, die Regierungen der Wahlrechtsbewegung gegenüber treffen, verraten ein hohes Maß von Nervosität, welches die Hoffnung der Scharfmacher auf einen Erfolg nicht ganz unberechtigt erscheinen läßt. Um so notwendiger ist es aber, daß die Arbeiter ihre Ruhe bewahren. Lassen wir uns durch das Gebrüll und das Loden des wild gewordenen Stieres nicht einschüchtern, sondern seien wir unablässig auf den Ausbau und die Kräftigung unserer Organisationen bedacht, an welchen sich die Massen ihre Hörner einrennen werden.

Noch ein neuer Scharfmacherverband. In der Hauptstadt Niederbayerns, in Landsbut, allwo die gewerkschaftliche und politische Bewegung zu kräftiger Entwicklung gediehen ist, haben sich zur Rettung ihrer bedrohten Existenz die Arbeitgeber zusammengeschlossen. Es soll der modernen Arbeiterbewegung an den Krügen gehen. Natürlich wird ein recht schönes Ausschlagschild hinausgehängt, wie: „Förderung und Gehaltung gedeihlicher, friedlicher Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern“. Wie das gemeint ist, beweist ein anderer Satz, in dem zu den Hauptaufgaben gerechnet werden: „Vereinbarungen, keine im Streik oder in der Aussperrung befindlichen Arbeiter anzunehmen und zu beschäftigen“.

Soziale Rechtspflege.

Zellengewebzentzündung als Betriebsunfall.

Wie sehr die Verletzten bei der Verfolgung ihrer Unfallansprüche auf die Unterstützung der Ärzte, speziell der Rassenärzte angewiesen sind, zeigt uns deutlich nachstehender Fall. Der Korfschneider St., welcher ständig mit dem Durchschneiden von Korfen beschäftigt ist, bemerkte im Mai 1904 eine Schwellung und Rötung des rechten Daumens. Da jedoch die Schmerzen stärker wurden, so begab er sich in die Behandlung eines Rassenarztes. Als eine Eiterung eingetreten war, der Arzt zweimal vergeblich Einschnitte gemacht hatte, mußte der Patient in das Krankenhaus. Hier wurde ihm der obere Teil des Knochens am Daumenglied amputiert. Der Daumen ist infolgedessen um mehrere Centimeter verkürzt und am Ende verbreitert. Die Narbe auf der Grifffläche des Stumpfes schmerzt sehr, deshalb stellte der Verletzte Antrag auf Gewährung einer entsprechenden Unfallrente.

Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft war jedoch in Ausreden nicht verlegen, um sich von der Entschädigung zu drücken. Die Entzündung des Daumens sei durch den Druck des Messers, welche die Korfschneider ständig führen, wohl entstanden, aber nicht plötzlich, sondern allmählich, nach und nach. Es handle sich also um eine Gewerbekrankheit eines Korfarbeiters, für welche bekanntlich die Berufsgenossenschaft nicht aufzukommen hätte. Der Kampf um die Unfallrente begann. Zunächst gelang es dem Verletzten, mit Hilfe

seiner Krankenkasse den zuerst behandelten Arzt zur Abgabe eines Gutachtens zu bestimmen. Der Arzt erklärte, daß die „Möglichkeit“ vorliege, daß „sich auf Grund eines plötzlichen Druckes oder einer erlittenen Quetschung die Entzündung und Eiterung am ersten Gliede des Daumens entwickelt habe.“ Die Berufsgenossenschaft erblickte aber in diesem Gutachten noch keinen Beweis für die Behauptungen des Verletzten und lehnte vor wie nach die Entschädigung ab, weil ja eine Gewerbekrankheit vorliegen müsse.

Der Verletzte mußte sich deshalb weiteres „Beweismaterial“ verschaffen. Ein Spezialarzt für Chirurgie interessierte sich sehr für den Fall und fertigte mehrere Röntgenbilder von dem verletzten Daumen an. Durch das Röntgenbild konnte dieser erfahrene Arzt nun nachweisen, daß das Endgabel im Knochen ganz fehlte, daß ferner drei zersprengte knochenresten vorhanden waren, wodurch der Invaliditätsgrad bewiesen wurde. Auch der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts trat der Ansicht des Spezialarztes bei, daß es sich um vorliegende Fälle um eine „eiterige Zellengewebzentzündung (Panaritium) gehandelt habe.“ — „Eine solche Entzündung hat aber als unerlässliche Voraussetzung das Eindringen von Eiterungen durch eine Hautwunde. Eine solche Hautwunde kann so klein sein, daß sie nicht zu bemerken ist. Der Verletzte habe nun an allen Fingern, besonders auch an den Daumenspitzen, eine Menge kleiner Schnittwunden, welche zweifellos von der Handhabung des Korfmessers herrühren. Solche Schnittwunden sind als Eingangspforte für Eitererregung sehr geeignet, und sei daher anzunehmen, daß die Eitererregung durch eine solche Schnittwunde eingebracht sei. Ein solches Eindringen von Eitererregern stellt sich aber als ein plötzliches Ereignis, mithin als Unfall dar.“ Wann und wo nun die Eitererregung eingebracht ist, lasse sich natürlich nicht mit Bestimmtheit feststellen. „Da jedoch der Verletzte bei der Betriebsarbeit fortgesetzt mit Staub und unreinen Stoffen in Berührung kommt, so spricht die überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Infektion bei der Betriebsarbeit erfolgte.“

Das Schiedsgericht ging in seinem interessanten Urteil noch weiter und erklärte, daß selbst dann ein Betriebsunfall vorliege, wenn die Infektion außerhalb des Betriebs geschehen wäre, da doch „in der Entstehung der Schnittwunde, durch welche die Eitererregung eindringen, ein Unfall zu erblicken sei“, und sprach dem Verletzten eine Rente von 15 Prozent zu.

Für das Gutachten usw. des Spezialarztes hatte der Verletzte aber 25 Mk. ausgegeben, erhielt aber durch das Urteil nur den Betrag von 6 Mk. erstattet, weil „die Unfertigung der Röntgenphotographie zur Beurteilung der Sachlage und des Grades der Gewerbebeschränkung nicht erforderlich“ gewesen sei.

Der Verletzte mußte deshalb gegen das Urteil Rekurs erheben und seine Auslagen voll und ganz verlangen, da ja das Röntgenbild der Hauptbestandteil des Gutachtens war.

Das Reichsversicherungsamt trat dem auch bei und verurteilte die „zäh“ Berufsgenossenschaft zur Zahlung des Betrags von 25 Mk., weil die Rente richtig angefest sei, das „Gutachten des Spezialarztes in erster Linie für das Schiedsgericht maßgebend gewesen ist, dem Kläger eine Rente zugesprochen.“ — „Daß der Arzt ohne Anregung des Klägers die Anfertigung eines Röntgenbildes für erforderlich erachtet hatte, und daß das letztere wesentlich zur Veranschaulichung der Unfallfolgen beigetragen hat.“ Ärgerlich darüber, wies die Berufsgenossenschaft nun endlich dem Verletzten die Rente als „vorläufige“ Entschädigung an. Der Kampf ist also noch nicht zu Ende!

Amthliches Verzeichnis der Gewerbegerichte. Die Dezembernummer des „Reichsarbeitsblattes“ bringt zum erstenmal ein amtliches Verzeichnis der Gewerbegerichte zum Abdruck. Das Verzeichnis soll durch periodische Ergänzungen richtig erhalten werden. Ein gleiches Verzeichnis über die bestehenden Kommunalgerichte soll demnächst veröffentlicht werden. Das Verzeichnis enthält in einem bringenden Überblick folgende Angaben: Die veröffentlichten Tabellen weisen für das Deutsche Reich insgesamt 388 kommunale Gewerbegerichte auf. Von diesen entfallen auf Preußen 228, auf Bayern 86, auf Sachsen 88, auf Württemberg 23, auf Baden 12, auf Hessen 12, auf Mecklenburg-Schwerin 3, auf Sachsen-Weimar 7, auf Oldenburg 8, auf Braunschweig 5, auf Sachsen-Meiningen 3, auf Sachsen-Altenburg 4, auf Sachsen-Ruburg-Gotha 6, auf Anhalt 6, auf Schwarzburg-Rudolstadt 1, auf Meißn ältere Linie 2, auf Meißn jüngere Linie 1, auf Lippe 3, auf Bremen und Hamburg je 1. Zu diesen kommunalen Gewerbegerichten treten sieben Berggewerbegerichte: 5 preussische (in Beuthen in Oberschlesien, Waldenburg in Schlesien, Saarbrücken, Aachen, Dortmund), ferner ein bayerisches in München und ein braunschweigisches in Helmstedt. 19 Gewerbegerichte, die auf Grund des § 85 des Gewerbegesetzes fortbestehen, sind gleichfalls noch zu rechnen. Es sind das die 10 rheinischen Gewerbegerichte Barmen, Crefeld, Düsseldorf, Elberfeld, M.-Gladbach, Lempe, Remscheid, Solingen, Köln, Mülheim usw., die Gewerbegerichte in Bielefeld, Bremen und Hamburg, sowie die 6 elsass-lothringischen in Mülhausen, Straßburg, Thann, Marfisch, Dieh und Colmar. Mithin hat Deutschland insgesamt 414 Gewerbegerichte zu verzeichnen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Waffenfreizeitprozesse. Der § 153 der Gewerbeordnung spielte während der vorvergangenen Woche in etwa zwei Duzend Streikprozessen auf dem Moabit Gericht wieder seine bekannte Rolle. Es handelte sich überall um Anklagen gegen Arbeiterinnen, die an der Aussperrung in der Elektroindustrie beteiligt waren. Nur in drei Fällen waren die Angeklagten bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft beschäftigt, in allen übrigen Fällen kamen Arbeiterinnen der Siemens-Schuckert-Werke in Frage. Die Sünderinnen sollten nach der Anlage samt und sonders Arbeitswillige bedroht oder beleidigt haben, und zwar in Verbindung mit dem § 153. Da aber erwiesen wurde, daß die Angeklagten nicht Streikende, sondern Ausgesperrte waren, so erfolgte meistens ihre Freisprechung. Nur in wenigen Fällen, wo ein besonderer Strafantrag wegen Beleidigung gestellt war, wurde die Verurteilung zu Geldstrafen ausgesprochen.

Technisches.

Die Fachschule mit abgekürzter Studienzzeit in Detmold hat auch im Jahre 1905 sehr gute Erfolge aufzuweisen; auf zwei beschickten Ausstellungen sind Schülerarbeiten mit der silbernen und goldenen Medaille ausgezeichnet worden. Die Anstalt ist im neuen städtischen Gewerbeschulgebäude untergebracht, mit hohen Zeichenfälen, Modellier- und Tischlerwerkstätten ausgestattet. Eine Anzahl der Schüler erhält Beihilfen zum Schulbesuch von den Bundesregierungen und Handwerkskammern, durchschnittlich jeder Schüler 150 Mk. Die hiesige Anstalt ist seit den zwölf Jahren ihres Bestehens nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland als gut bekannt. Beweis sind viele Anerkennungs-schreiben erster Firmen, welche Absolventen als Werkmeister, Techniker, Verkäufer und Zeichner angestellt haben. Zu Januar 1906 haben sämtlich abgehende Schüler gut lohnende Stellung erhalten. Die Direktion war nicht in der Lage, alle Anfragen von Geschäftsinhabern um Zusendung passender Leute zu berücksichtigen. Die Stellenvermittlung geschieht unentgeltlich, auch die Programme der Anstalt werden kostenfrei versandt.

Eingefandt.

Zur Würstenmacherbewegung.

In der am 27. und 28. Dezember 1905 in Nürnberg stattgehabten Konferenz der Würsten- und Pinkefmacher Deutschlands wurde beschlossen, eine Zentralagitationskommission einzusetzen und zugleich Nürnberg als Vorort bestimmt. Diese Kommission wurde nunmehr in der Sektionsversammlung am 15. d. M. gewählt und besteht aus den Kollegen Dorn, Hübler, Sauer, Wallauer und der Kollegin Matek. Die Konstituierung erfolgte am 18. d. M. und wurde Kollege Dorn als erster, Hübler als zweiter Vorsitzender und Wallauer als Schriftführer gewählt. Alle Zuschriften an die Kommission sind an Konrad Dorn, Egdiendplatz 22, zu richten.

Zugleich gibt die Kommission bekannt, daß sich die bisher bestehende Mißbrauchsmission aufgelöst hat und deren Funktion nunmehr von der Zentralagitationskommission ausgeübt wird.

Kollegen und Kolleginnen! Nachdem der Vorstand unserem Wunsch entsprochen und die Konferenz einberufen, auf dieser Konferenz allseitig anerkannt wurde, daß unsere Interessen am besten im Deutschen Holzarbeiterverband gewahrt werden, ist es unsere Pflicht, nunmehr auch eine umfassende Agitation für den Verband zu entfalten. Um diese Agitation jedoch planmäßig gestalten zu können, ist es notwendig, daß ihr alle diesbezüglichen Wünsche der Zentralkommission mitteilt und auch für jeden Ort die Adresse eines Kollegen einsetzt, damit dieselbe die gegenseitige Fühlung und Verständigung anbahnen kann.

Die Zentralkommission. J. A.: Konrad Dorn.

Zur Klavierarbeiterbewegung.

In der am 15. Januar stattgefundenen Versammlung der Hamburger Sektion der Klavierarbeiter wurde die Wahl der Zentralkommission vollzogen und wurden die Kollegen Ubeloe, Jörgensen, Knöchel, Meuling und Schmidt in dieselbe gewählt. Die Kommission hat sich sofort konstituiert und wurde der Vorsitz dem Kollegen W. Schmidt, Hamburg 19, Eppendorferweg 41/1, übertragen, zum Schriftführer Kollege Th. Jörgensen, Hamburg, Schweinfelderstraße 28 I, bestimmt. Alle Anfragen und Zuschriften sind an den Vorsitzenden der Kommission zu richten.

Die Zentralkommission der Klavierarbeiter Deutschlands. J. A.: W. Schmidt.

Literarisches.

„**Neue Gesellschaft**“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W 35. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk.). Durch jede Buchhandlung, auch durch die Post zu beziehen.

Briefkasten.

Muskau. G. A. Wie oft sollen wir noch sagen, daß Berichte, sofern sie für die Öffentlichkeit bestimmt sind, abgestempelt sein müssen. Das war bei dem Muskauer wieder nicht der Fall.

Hamburg. W. R. Der Bericht war nicht abgestempelt. Solche Berichte, denen der Stempel fehlt, sollen wir bekanntlich gar nicht veröffentlichen.

Coburg. Fr. Kn. Einen Bericht, der am 23. Dezember 1905 geschrieben, aber erst am 20. Januar 1906 an uns eingefandt worden ist, wollen wir doch nicht abdrucken.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 3 in Hamburg).

Überschüsse fanden ein in der Zeit vom 1. bis 18. Januar: Weipensee 600 Mk., Rall, Karlstraße je 500, Würzburg I 400, Halle, Zindorf, Ansbach, Welschneureuth, Abbtan, Duisburg je 300, Elberfeld 250, Friedenau, Neuwied, Gaarden, Erlangen, Osterweddingen, Uffshausen, Frankenthal, Stettin je 200, Weitschheim, Dessau, Ederfoden, Stendal, Schw. Hall, Schmölln, Gonsenheim je 150, Jangenberg, Rödelheim, Birna, Mülden, Schlingen, Oshatz, Kirchheimbollen, Mariendorf, Hamburg VI, Gernsdorf, Iversgehofen, Deynhäusen, Rostock, Rastatt, Bürrig, Poehne je 100, Wehlar, Knauthheim, Verden je 75, Wittenberg, Raumburg, Neullingen, Tiegendorf je 70, Gottbus, Ebingen, Draiß, Schleusingen je 50, Alsen 29,70 Mk. Summa 9034,70 Mk.

Zuschüsse erhielten: Sulz 250 Mk., Schönweide, Essen, Mainz, Mülheim a. Ruhr, Charlottenburg je 200, Leipzig I Rostheim, Feuerbach, Neustadt a. Hardt, Gr.-Zimmern, Seelbach je 150, Fackenburg, Soffenheim, Guben, Müppurr, Förberstedt, Neue Neustadt, Pafewall, Neuhäusen, Budenheim, Jagenheim, Balbau, Neuhäusen je 100, Krehschau, Quittendorf je 50 Mk. Summa 3450 Mk.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt: 1837,09 Mk. J. A.: A. Suck, Hauptkassierer.

Verammlungs-Anzeiger.

Sonan. Sonntag den 28. d. Mts., nachmittags 3 1/4 Uhr, Mitglieder-Verammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Stellungnahme zur Gaudonferenz. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Wetrich a. Rhein. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Traber, Kaiserstraße 46, wofür sich auch die Reiseunterstützung ausbezahlt wird. Umzuschauen streng verboten. Verkehrslokal „Kaiser Adolf“, Wiesbadenerstraße 39.

Wiesfeld. Bevollmächtigter Hr. Salomon, Ehrentempelweg 26 a. Kaiserer Gustav Meißel, Geperstraße 116. Herberge „Centralhalle“, Kaiser-Wilhelm-Platz. Verbandsbureau dortselbst geöffnet an Wochentagen von 7-8, Sonnabends von 8-9, Sonntags von 12-1 Uhr. Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis dortselbst.

Burgfräb. Bevollmächtigter Reinhard Kempe, Burgfräb, Silberstraße 56. Reiseunterstützung zahlt aus: Paul Wetzel, Burterstraße 35, neben Verkehrslokal Centralherberge, mittags 12-1, abends 7-8 Uhr.

Forstheim. Bevollmächtigter Andreas Neumann, Gagloffenerstraße 22 I. Kaiserer Heinrich Eckstein, Wiesentstraße 18 I. Dortselbst Auszahlung von Sozialunterstützung. Schriftführer Martin Fleckmann, Sohmühlgraben 5. Verbandsherberge bei Frau Mary, Wiesentstraße 37.

Hall (Schwab.). Bevollmächtigter Ob. Seyboth, Drechsler, Wüdenhoffstraße 5 III. Kaiserer Friedrich Schaaf, Schreiner, Klosterstraße 9 II. Reiseunterstützung wird ausbezahlt im Arbeitsamt vormittags von 8-12 Uhr, nachmittags von 2-6 Uhr und abends von 7-8 Uhr im „Goldenen Ochsen“. Die reisenden Kollegen werden dringend ersucht, den Bevollmächtigten nicht in der Wohnung aufzusuchen.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Bevollmächtigten Bruno Genschel. Das Umschauen ist nicht gestattet. Reiseunterstützung zahlt der Kaiserer Richard Kirchoff. Verkehrslokal bei Gastwirt Heinrich Fritzsche am Markt. Herberge bei Gastwirt August Sänzel zur Herberge.

Wiesbaden. Reiseunterstützung zahlt Paul Mertisch, Bismarckstraße 8 part., von 6-7 Uhr aus.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Witsch, Hermannstraße 28, 5. H. I. r. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Genschel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Reiseunterstützung wird ausbezahlt beim Kaiserer Herrn. Kirch im Konsum von abends 7 bis 8 Uhr.

Der Tischler Heinrich Hambrock, geb. 18. Dez. 1864 zu Grantenfeld, Buchn. 181 208, wird ersucht, der Ortsverwaltung Lehre i. S. seine Adresse zu senden, da er als Zeuge vernommen werden soll. Kollegen, die dessen Adresse wissen, werden gebeten, diese an uns zu senden.

Der Kollege Aug. Spitzer, Buchn. 291 080, aus Kirchen a. d. Sieg, wird ersucht, seine Adresse an unterzeichnete Verwaltung sofort einzusenden, da er in einer Prozeßangelegenheit als Zeuge vernommen werden soll. Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Zahlselle Ebin, Gereonswall 4.
Der Tischler Albert Karl Senfel, geb. am 22. Okt. 1882 zu Finsterwalde, wird in dringenden Familienangelegenheiten (Zobesfeld) gebeten, umgehend seine Adresse an seinen Pflegevater Robert Senfel, Finsterwalde, Schulstraße 2, einzusenden. Die Kollegen, welchen der Genannte bekannt ist, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Der Stellmacher Johann Sagenstürke, Buchn. 32 073, aus Lippborg, wird nochmals ersucht, seine Adresse an unterzeichneten einzusenden. Es handelt sich um seine Klage gegen den Stellmachermeister Winter hier. Die Kollegen werden ersucht, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

Die Lokalverwaltung Güterloch i. Westfalen.
Karl Belling, Kattenstroch 143.
Der Kollege Aug. Schlegel, Buchn. 265 701, soll in einer Klagesache gegen den Bevollmächtigten Hr. Mößinger, zurzeit in Feuchtmangen bei Dintelsbühl beschäftigt, als Zeuge vernommen werden. Kollegen, welchen der Aufsicht des Kollegen Aug. Schlegel bekannt ist, werden dringend ersucht, uns vermittelnd Mitteilung an unterzeichnete Poststelle zu lassen.

Möbeltischler

für Saloneinrichtungen, nicht unter 21 Jahren, für dauernd gesucht.
S. Thiemcke, Möbelfabrik Stassfurt.

Zwei Tischler auf weiße Kastenmöbel sofort für dauernd gesucht.
H. Hohl, Möbelfabrik, Neustadt a. Orla.

Ein Tischlergeselle für Bau und Möbel wird sofort verlangt.
R. Jeserig, Tischlermstr., Petrus i. d. M.

Tüchtige Buffetischler finden lohnende eventl. dauernde Stellung bei
Rich. Saalfeld, Möbelfabr., Pelmstedt.

Ein Sofagestell-Tischler und ein Tischler für Aufsätze sofort für dauernd gesucht
Riegers Sofagestell-Fabrik Cottbus.

Tüchtig. Maschinist

für vierseitige Hobel- und Rehmachine per sofort auf dauernd gesucht. Offerten sind zu richten an
Louis Herre
Wangeschäft
Freiburg i. Br.

Ein Tischlergeselle findet sofort dauernde Stellung auf Bau und Möbel bei
Fritz Bischoff, Wieba, Garz.

Einige gewandte Möbelpolierer per sofort gesucht.
Holzindustrie Nordenham. Wilhelm Bremer.

3-4 Drechslergesellen erhalten dauernde Beschäftigung auf Galanterie.
Otto Karschäkel, Süßen (N.-L.)
Hainmühlweg 3.

Ein tüchtiger Drechsler kann sofort in Arbeit treten bei C. Wiesner, Drechslermeister, Grünberg (Schlesien), Obertorstraße 14, Elektr. Betrieb.

Tüchtige Stockpolierer und Stockbieger werden gesucht bei hohem Verdienst in der Stockfabrik von
J. Kaufmann, Ringersheim (Elsaß).

Tüchtiger Kreisraspeler auf Horngriffe findet dauernde Stellung bei hohem Lohn bei
Rudolf Baumgarten, Wald (Hild.).

Jüngerer Stellmacher gesucht.
Ernst Köhler, Lehr, Ostfriesland.

Tüchtige Stammacher auf feinen Haarschmuck und ein perfekter Stammschneider auf groben und klaren Zahn gesucht. Stellung dauernd.
Künzel & Co.
Kammfabrik, Michelsfeld i. O.

Tüchtiger Bohrer auf grobe Holzwaren in Afford bei beständiger Arbeit gesucht.
Friedrich Hahn, Bürtelhölzerfabrik Regensburg (Bayern).

Gesucht ein solider Bürstenmacher.
Max Schlüter, Barmstedt, Holstein.

Gesucht ein tüchtiger Vorstreichmischer.
Rob. Bomke, Bürtens- und Pinselabrik Lübeck, Gartenstraße 33.

Suche 3 Hölzerschneider zu sofortigem Antritt bei gutem Lohn. Dauernde Arbeit.
F. Niemann, Carrenzien bei Neuhaus a. d. Elbe.

Ein tüchtiger Hölzerschneider, Lohn 7 1/2, 8 1/2 und 9 Pf., und ein tüchtiger Pantoffel-Nagler, Lohn 5 Pf. pro Paar, finden bald Stellung.
W. Niedergesäss, Brinthenau, Schles.

Einige tücht. Korbmacher

finden dauernde gutlohnende Beschäftigung auf Geschlagene bei S. F. Wahlström, Stockholm, Schweden. (Reisekörbe per Zoll engl. Maß 12 bis 18 Dre, weder Ofen noch Schließe zu machen oder festzusetzen.) Mt. 25.— Reisegeld vergütet nach Ankunft.

Ein tüchtiger Korbmachergeselle auf Geschlagen und Gestellarbeit zu sofort gesucht, welcher alle vorkommende Bestellungen wie Reparaturen, auch solche an Kinderswagen, machen kann; auch hat derselbe den Gehrling zu beaufsichtigen. Es wird nur auf eine ordentliche, ehrliebe erste Kraft reflektiert bei gutem Lohn und angenehmer, dauernder Stellung. Betreffender kann auch verheiratet sein.
Johann Falck, Rostock i. Meckl.-Schm.

4 Korbmacher auf Gematt und Geschlagen gesucht.
Arbeitsnachweis Hannover
Gewerkschaftshaus.

2 Korbmachergesellen auf Gematt und grün Geschlagen auf dauernd verlangt
Franz Altrich, Berleberg.

Fünf verheiratete Korbmacher finden dauernde Beschäftigung.
H. & W. G. Holzmann, Berlin.

Korbmacher auf Mattarbeit finden dauernde Arbeit bei
Fechner, Weiskensee.

Korbmacher-Werkzeug unter Garantie.
Bitte gratis. L. Fogelberg, Heinsberg, Rheinl.

Tücht. Korbmachergesell. auf Großgeschl. gesucht.
H. Klingner, Plauen i. V.

Zwei Korbmachergesellen auf Grün (rund) finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei
Emil Krause, Korbmachermstr., Angermünde, Rosenstr. 18.

Korbmacher
E. Nauber
Barmen, Berlinerstraße 106.

Korbmachergeselle, tüchtig auf Wasch- und Reiskörbe, sofort gesucht.
Albert Klingner, Plauen i. V.

Gesucht auf sofort ein tüchtiger Korbmachergeselle auf Gematt.
Adolf Meyer, Korbmacher, Veer, Ostfrel.

Korbmacher auf Groß- u. Kleingeschl. sof. gegen hohen Lohn für dauernde Arbeit gesucht.
G. Rau, Eberfeld, Schwabenstraße 24.

Tischler-Fachschule Detmold
Werkführer- und Technikerkurse
Gesellige Meister-Prüfung
Programme frei durch die Direktion

Tischler-Fachschule.
Zelchner, Werkführer, Meister
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg Erstklassige Lehranstalt.
Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

C. Bratsch

nur in
Reinickendorf (bei Berlin)
Lack- und Politurfabrik

Herst. schon 40 Jahre die vorzüglichsten Spezialitäten wie schwarzen und nussbrannen
Mattlack, wasserechte Mattierung, verbesserte Schellackpolitur, u. die billigsten, tadellosen Politurlacke.



Illustriertes Fachblatt für die gesamte Tischlerei und den Möbelschmuck, für Innendekoration, Polstererei, Holzschmuck-Kunst und Drechslerlei, für alle verwandten Gewerbe und den Holzhandel.
Verlag von Stephan Schmidt, Berlin C. 2.

Tischler, die sich fachlich fortzubilden bestrebt sind, finden in dem illustrierten Fachblatt „Der Deutsche Tischlermeister“ eine wahre Fundgrube zur Bereicherung ihres Wissens. Jede Nummer enthält gediegene Fachartikel aus der Praxis der Tischlerei, sowie Zeichenvorlagen, Beschreibungen, Rezepte usw. usw. **Der Deutsche Tischlermeister** ist das anerkannt beste Fachblatt der Schreinerkunst, das auch kein Meister und kein Gehilfe, dem an seinem geistigen und materiellen Fortkommen gelegen ist, entbehren darf. — Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Man sende für ein Vierteljahr 2,25 Mk. per Postanweisung an die Expedition des Deutschen Tischlermeisters, Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelmstraße 1, mit genauer deutlicher Adresse des Absenders. Die Zeitung erscheint jeden Freitag. Mit jeder Nummer erhält der Abonnent das reich und aktuell illust. Unterhaltungsblatt „Fürs Haus“ gratis.

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte * * Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmäßigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten gibt mein **Jubiläumskatalog**, ein Lehrbuch des Polierens, des Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:
Jubiläums-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoo-Politur, filtrierte Schellack-Politur, poronschliessende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt, Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack, Schleif- und Polieröl, Farbige Porenpulver, Spiritusbeizen, Ambrantbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen, Flintsteinpapier, Lederleime, Polierspirituss usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Ferner empfehle:
Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattpsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—.
Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

Eine Tischlerei mit sechs Bänken, auch Maschinenanlage vorhanden, soll unter günstiger Bedingung zum Preise von 21000 Mk. verkauft werden. Arbeit ist viel vorhanden. Einwohnernzahl circa 24000. Offerten unter C. P. 55 an die Exped. d. Ztg. erbeten.

WIMPFHEIMER & Co.
Unsere Herren- und Damenstoffe haben Weltruf!
Aussstellung
in Güte und Preiswürdigkeit
MUSTER FRANCO an JEDERMANN
AUGSBURG

Laubsägerei
Reibschneiderei, Holzbrandmascherei lief. am billigsten sämtl. Werkz., Vorl., Holz usw. **J. Brendel, Magdorf 95 (Wfalz).** netzhalt. Katalog o. über 2000 Abbildungen gegen 40 Pf. in Briefmarken franco. Laubsägeholz pr. qm v. 1 Mt. an.

Lehrbücher f. Holzarbeiter
Katalog gratis und franco.
Joh. Sassenbach, Berlin 16.
Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Wenn
es alle nicht können, wir können es doch, gute Stahlwaren bill. liefern. Überzeugen Sie sich u. bestellen Sie eine Probefendg. Wir versenden:



Rasiermesser Nr. 10 in Stahl, fein hohlgeschliffen, fertig z. Gebrauch, Mt. 2 frko. Sicherheitsrasiermesser „Firt“ Verletzung absolut ausgeschlossen Mt. 2.50 frko. Rasier-Gutts m. Messer Nr. 10 u. sonstig. Zubehör Mt. 4 frko. Dasjelbe mit Sicherheitsmesser „Firt“ Mt. 4.50. Haarschneidemaschine „Familienclab“ Mt. 3.50 frko. Hauptkatalog m. verschiedenen tausend Gegenständen grat. u. frko. Kein Risiko, Nichtgefallen des nehmen wir retour, bei einer Bestellung von Mt. 10 schöne Gebrauchsgegenstände gratis.
Otto Geigis & Co., Grütten b. Solingen 105.
Größte Stahlwarenfabrik am Platze.

Streng reelle und billigste Bezugsquelle! In mehr als 150 000 Familien im Gebrauche!
Gänsefedern,
Gänsefedern u. alle ander. Sorten Bettfedern. Neuheit u. beste Reintig. garantiert! Gute, preisw. Bettfedern p. Pfund für 0.80; 1 Mt.; 1.40. Prima-Gänsefedern 1.60; 1.80. Polarsfedern: halbweiß 2, weiß 2.50. Silberweiße Bettfedern 3; 3.50; 4; 5. Erstklass. Gänsefedern 2.50. Polardunen 3; 4; 5 Mt. Jede beliebige Pfundzahl zufr. gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!
Pecher & Co. in Herford W
Nr. 2214 in Westfalen.
Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenlos. Angabe der Preislisten für Federproben erwünscht!

Der heutigen Gesamtauflage unserer Zeitung liegt ein Prospekt der weltbekanntesten Firma Paul Horn, Hamburg, Fabrik chemischer Produkte, bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.